Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marckwald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Betge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobsstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 3. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.50 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und älter Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7889

Nr. 123. **Magdeburg, Freitag, den 30. Mai 1902.** **13. Jahrgang.**

Die amerikanischen Kaligelüste.

Aus Staßfurt, 29. Mai, wird uns geschrieben:

Die amerikanischen Kaligelüste beschäftigen auch die Gemüter der Arbeiter sehr und die ganze Angelegenheit verdient wohl, im Auge behalten zu werden. Wenn sie auch nicht die allgemeine Bedeutung beanspruchen darf, wie der Morgansche Plan des internationalen Schiffahrts-Syndikats, so ist sie doch für alle an der Kali-Industrie Interessierten von erheblicher Wichtigkeit. Wenn aber hier das Gerücht verbreitet ist, daß das amerikanische Konsortium sämtliche Anlagen von Neu-Staßfurt bereits angekauft habe, so entbehrt dies jeder thatsächlichen Unterlage. Den Zwecken der Amerikaner dürfte auch wohl kaum ein Werk weniger entsprechen, als gerade Neu-Staßfurt. Den Arbeitern dürfte es vom bloßen Standpunkt des Arbeiters an sich ziemlich gleichgültig sein, ob sie auf deutsch gesotten oder auf amerikanisch gebraten werden. Es ist vielmehr anzunehmen, daß amerikanische Kapitalisten nicht einen so engherzigen Standpunkt der politischen oder gewerkschaftlichen Bewegung der Arbeiter gegenüber einnehmen werden, als dies seit einiger Zeit — im unrühmenswerten Gegensatz zu früher — auf Neu-Staßfurt zu bemerken ist. Auch über die nationale Seite der Frage brauchen die Arbeiter sich nicht besonders aufzuregen. Sie wissen, daß das Kapital international ist und so wie das deutsche Kapital in allen Ländern gewinnbringende Anlage sucht und den Chinesen die Kanonen geliefert hat, mit denen die deutschen Matrosen und Soldaten getötet sind, so sucht auch das überschüssige amerikanische Kapital Bethätigung und Gewinn im Auslande. Die Amerikaner sind darin vielleicht noch etwas rücksichtsloser als die Deutschen, wie mit verblüffender Offenherzigkeit und grausamer Spottlust Herr Olney in einem Trinkspruch bei Gelegenheit der Anwesenheit des Prinzen Heinrich in Boston ausgesprochen hat. Die Amerikaner sind aber auch viel weiter vorgeschritten sowohl in der Technik als in der Bezahlung der Arbeiter und die deutschen Industriellen würden dem Arbeiter keinen Schaden zufügen, wenn sie in diesen Hinsichten dem amerikanischen Vorbild folgen würden. Früher oder später werden sie es doch thun müssen, wenn sie der amerikanischen Konkurrenz begegnen wollen.

Thatsache ist jedoch, daß das amerikanische Konsortium von Düngerhändlern, dem es hauptsächlich um Düngesalz zu thun ist, die Kaliwerke „Einigkeit" und „Hohenfels" bereits angekauft hat, um den hohen Profit, den das Kali-Syndikat aus den nach Amerika verkauften Düngesalzen zieht, in die eigene Tasche zu stecken. Die Folgen davon werden sein, daß entweder zwischen dem deutschen Kalisyndikat und dem amerikanischen Händlersyndikat auf dem amerikanischen Markte ein wilder Konkurrenzkampf entbrennt, oder daß jenes Händler-Syndikat vom Kali-Syndikat die Vorzugspreise erhält, die es beansprucht, und die Werke „Hohenfels" und „Einigkeit" dafür in das Kali-Syndikat eintreten. In beiden Fällen werden die Preise der nach Amerika verkauften Düngesalze herabgedrückt und die Dividenden zum Sinken gebracht, was sehr leicht einen Rückschlag auf die Löhne ausüben kann, namentlich in der jetzigen Zeit der ungünstigen Konjunktur. Es ist aber noch ein dritter Fall denkbar, nämlich der, daß die kämpfenden beiden Parteien, nachdem sie der Kriegskosten müde geworden sind, sich wieder vertragen und ein internationales Syndikat bilden.

Wir finden den ganzen, im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise durchaus begründeten Vorgang so natürlich, daß wir keineswegs die sittliche Entrüstung teilen können, die unsere Nationalisten gegen das „unnationale" Verhalten der Werke „Hohenfels" und „Einigkeit" an den Tag legen. Was hier die Amerikaner thun, thun die Deutschen auch alle Tage, und die Handlungsweise von „Einigkeit" und Hohenfels" ist einfach die Konsequenz des Privateigentums an den Produktionsmitteln und des Triebes nach Profit, ein Trieb, der gerade im Kali-Syndikat einen sehr beredten Ausdruck findet und die Ursache seines Daseins ist. Das Kali-Syndikat hat demnach wenig Ursache, über „Hohenfels" und „Einigkeit" zu zetern, vielmehr Veranlassung, sich ernstlich zu prüfen, ob es seinerseits nicht die „amerikanische Gefahr" unterschätzt und Vorbeugungsmaßregeln unterlassen hat. Die wirtschaftliche Uebermacht, die es im letzten Herbst noch mit so großem Erfolg und unbekümmerter Rücksichtslosigkeit gegen „Kaiseroda" und „Hohenzollern" angewendet hat, hat diesmal versagt. Man wird künftighin andere Wege einschlagen und sich vom preußischen und anhaltischen Einfluß mehr emanzipieren müssen. Für jetzt wird das Kali-Syndikat bedeutende Kriegskosten zu zahlen haben, die es leider zum größten Teil auf die Arbeiter abzuwälzen in der Lage sein wird und insofern geht die ganze Angelegenheit die Arbeiterschaft der gesamten Kaliwerke erheblich an.

Doppelt komisch wirken jetzt die bei Gelegenheit der Nachwahl von 1900 von den Leitungen von Neu-Staßfurt wie der fiskalischen Werke in Staßfurt abgegebenen Versicherungen, daß wir eine größere Flotte haben müssen, um den Absatz von Staßfurter Produkten nach dem Ausland, besonders Amerika zu fördern und die daran geknüpften, an die Arbeiter gerichteten Aufforderungen, nur ja den Flottenschwärmer Herrn Placke zu wählen. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 29. Mai 1902.

Aus dem preußischen Landtage.

H. **Berlin,** 28. Mai. Das Abgeordnetenhaus überwies am Mittwoch zunächst die Vorlage betr. Neuregelung der Vertragsverhältnisse der Main-Neckar-Bahn an die Budget-Kommission. Es ist zur Vereinfachung der Verwaltung dieser Bahn zwischen Baden, Preußen und Hessen ein Staatsvertrag abgeschlossen worden, wonach die jetzige besondere Direktion der Main-Neckar-Bahn in Darmstadt aufgehoben werden und die Verwaltung an die Eisenbahndirektion Mainz übergehen soll. Dieser soll ein badischer Beamter als Mitglied beigegeben werden. Bei dieser Gelegenheit nahm Minister v. Thielen auf eine scheinbar bestellte Anfrage des Frhrn. v. Zedlitz hin wieder einmal Gelegenheit, die Existenz eines preußisch-sächsischen Eisenbahnkrieges in das Reich der Fabel zu verweisen. Wenn Preußen beim Güterverkehr nach Bayern die über Sachsen führenden Linien meide, so handle es nur einer Vereinbarung entsprechend, wonach jede Verwaltung die ihr günstigsten Routen nach Bayern für den Gütertransport benutzen dürfe. Das Verhältnis mit der sächsischen Eisenbahnverwaltung sei das allerfreundschaftlichste. Die zweite sächsische Kammer, die Herrn v. Thielens Verwaltung offen unlauteren Wettbewerb vorgeworfen hat, ist darüber anderer Meinung.

Darauf wurde in erster Lesung über den Gesetzentwurf betr. die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst verhandelt. Danach soll das Universitätsstudium auf 3½ Jahre verlängert, die Zeit des praktischen Vorbereitungsdienstes von 4 auf 3½ Jahre verkürzt werden. Die Thätigkeit der zukünftigen Verwaltungsbeamten bei den Amtsgerichten soll nur 8 Monate betragen. Herr v. Hammerstein gab der Vorlage eine Rede mit auf den Weg, die im wesentlichen nur den Inhalt der Begründung paraphrasierte. Aus der Debatte gewann man den Eindruck, daß die Chancen des Entwurfes recht wenig günstig sind; fast alle Redner äußerten große Bedenken gegen die Neuregelung, und nur Frhr. v. Zedlitz trat als freiwilliger Regierungskommissar eifrig für die Vorlage ein. Der konservative Sprecher Frhr. v. Richthofen stellte ihr ein wenig ermutigendes Horoskop und bezeichnete den verwandten Entwurf über die Vorbereitung zum juristischen Dienst nach dem bisherigen Verlauf der Kommissionsberatungen schon jetzt als unannehmbar. Auch das Centrum verhielt sich sehr reserviert. In einer vorzüglichen Rede, die ihm vielfache Komplimente eintrug, kritisierte Eugen Richter das Gesetz, in dem er neben der Verwirklichung eigener Anschauungen sehr viel Bedenkliches fand. Richter forderte Trennung des Universitätsstudiums für zukünftige Juristen und Verwaltungsbeamte, Schaffung besonderer staatswissenschaftlicher Fakultäten, und nahm das Intelligenz-Niveau unseres Verwaltungsbeamten-Corps in wünschenswerter Weise unter die Lupe. Er wies darauf hin, wie Schneidigkeit, zur Schau getragene konservative Gesinnung und feudale Geburt mehr gelten als alle innere Tüchtigkeit, und geißelte die Glorifizierung des Corps-Studententums von hoher Stelle aus. Frhr. v. Rheinbaben, der sich immer mehr zum Sprechminister entwickelt, erwiderte ihm mit einer auffallenden Höflichkeit der äußeren Form. Der Entwurf wurde an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Am Donnerstag ist des katholischen Feiertages wegen keine Sitzung; am Freitag stehen der Antrag Bockelberg über die innere Kolonisation, kleinere Sachen und Petitionen auf der Tagesordnung. —

Moderne Bilderstürmer.

In Barmen wird ein Theaterneubau geplant. Gegen die dafür in Aussicht genommene städtische Subvention machen aber die Orthodoxen energisch Front und zwar mit Gründen, die so vorsintflutlich anmuten, daß sie weite Verbreitung verdienen. In einer Versammlung der evangelischen Bürgervereinigung führten, nach der „Volkszeitung", ein Oberlehrer und ein Pastor u. a. aus:

„Im modernen Theater suchen wir vergebens die Mächte und Kräfte, unser Volk zu heben und zu edlen (!), es aus dem Staube hervorzuziehen ins Schöne und Reine. Das Geschäft ist die Hauptsache. Der sittliche Nutzen ist zum mindesten recht fraglich. Die Instinkte der Massen, die das Theater besuchen, gehen nur auf Sinnenkitzel aus. Das Theater stellt höchstens Probleme auf, denen der Mensch achselzuckend gegenübersteht.

Das Theater ist der Bildner einer Stunde und der Verderber vieler Jahre. Sollen wir die Hand dazu reichen, daß das deutsche Volk ins Verderben gezogen wird? In 27 Jahren hat der Herr zweimal zu uns in ernster Weise geredet. Er hat wirklich durch den Brand (des Barmer Theaters. Red.) zu uns geredet, denn es giebt keinen Zufall, wir haben einen lebendigen Gott, ohne dessen Willen nichts geschieht. Will man dem Allmächtigen trotzen? Gott läßt sich nicht spotten, er wird herrschen, auch wenn viele Leute in Barmen nicht nach ihm fragen."

„... Ich habe nie ein Theater besucht, aber immer gehört, daß in ihm die Liebelei gehegt und gepflegt werde".

„... Eine Bewilligung wäre die größte Schande, die vorkommen könnte".

Aber glücklicherweise giebt es in Barmen auch noch andere Leute wie diese orthodoxen Thebaner. Uebrigens haben die guten Leute in einem Punkte recht: „Das Geschäft ist die Hauptsache" für die heutigen Theater-Direktoren. Nur darf man dieser Leutchen wegen doch nicht gleich vergessen, daß es eine deutsche Litteratur giebt, in der die Lessing, Goethe und Schiller mit ihren dramatisierten „Problemaufstellungen" und „Liebeleien" zu den Ersten und Größten gehören. —

Der Fortgang der Friedensverhandlungen.

Der „Lokal-Anzeiger" meldet aus London: Hier macht sich eine gewisse nervöse Spannung über den Verzug der Friedensverhandlungen geltend, doch liegen keine wesentlichen Mitteilungen weder offiziellen noch privaten Inhalts vor, nach denen eine ungünstige Wendung in den Verhandlungen eingetreten wäre. Der „St. James Gazette" zufolge erhofft man am Freitag eine definitive Ankündigung seitens der Regierung; doch hänge das Datum allein von den Buren ab. Die Aufklärungen über gewisse Punkte seien von England voll gewährt, die meisten Modifikationen aber abgeschlagen worden. Die Konferenz in Vereeniging habe nur zu entscheiden, ob der Frieden geschlossen oder der Krieg weitergeführt werden solle; man hoffe das Beste. Das Kabinett habe eine weitere Sitzung auf Freitag anberaumt, falls es nicht schon heute wieder zusammenberufen werden müsse.

Dagegen enthält ein Extrablatt der „Evening News" von angeblich gut informierter Seite die Mitteilung, daß dem Kabinett vorgestern eine unvorhergesehene Ueberraschung bereitet wurde durch den Empfang einer Depesche Milners, die besagt, daß die Burenführer in Pretoria am Montag nochmals die britischen Hauptbedingungen zur Sprache gebracht und starke Zweifel darüber ausgedrückt haben, daß sie imstande sein würden, die große Minderheit in Vereeniging von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Verzichtleistung auf die Unabhängigkeit zu genehmigen. Das Kabinett beschloß, Kitchener zu instruieren, keine weiteren Erörterungen in Pretoria zu gestatten und die Burenführer sofort nach Vereeniging zurückzusenden. Die endgültige Entscheidung der Burenkonferenz müßte in zwei Tagen erfolgen.

In Amsterdam, dem Sitz der Transvaal-Bank, rechnet man, dem „Lokal-Anzeiger" zufolge, günstigenfalls mit einem Waffenstillstand von zwei bis drei Monaten. Für den Wochenschluß werde von englischer amtlicher Seite einer diesbezüglichen Mitteilung entgegengesehen, welche die gleichzeitige Einschiffung Kitcheners zu der Krönungsfeier melden und den Waffenstillstand begründen soll. —

Deutschland.

Berlin, 29. Mai. Wie zuverlässig verlautet, haben die Konservativen die Absicht geäußert, beim Präsidenten von Kröcher dahin vorstellig zu werden, daß der Antrag Graf Limburg-Stirum, wonach die verbündeten Regierungen ersucht werden sollen, den Beschlüssen der Zolltarif-Kommission bezüglich der Erhöhung der Getreidezölle zuzustimmen, im Laufe der nächsten Woche auf die Tagesordnung gesetzt werde, — Auf den „großen Tag" darf man gespannt sein. —

— Reichstagsabgeordneter Bassermann hat, wie das „Blankenh. Kreisblatt" nochmals erklärt, mehreren Herren gegenüber sich dahin geäußert, daß er länger den Pflichten, die das Mandat ihm auferlege, nicht genügen könne. Von anderer Seite wird die Sache so aufgefaßt, als ob Abg. Bassermann seinen Jenenser Wahlkreis zu unsicher fühle. Und so wird es auch wohl sein. Denn ein so hoffnungsreicher Nachfolger Bennigsens als ewiger Ministerkandidat wird sich doch nicht freiwillig als parlamentarische Leuchte abhalftern. —

— Der Centralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine erklärt, entgegen einer Aeußerung des Staatssekretärs Grafen Posadowsky, daß bereits der 9 Uhr-Ladenschluß für Berlin eine nicht unerhebliche Schädigung der Ladenbesitzer im Gefolge gehabt hat, und daß ein Uebergang zum 8 Uhr-Ladenschluß

unzweifelhaft von den bedenklichsten Folgen begleitet sein würde. — Die angebliche „Schädigung“ der Herren wird dreifach aufgewogen durch den großen Vorteil, den die Angestellten von dem 9 Uhr-Ladenschluß haben. —

— **Die Zolltarifkommission** des Reichstages erledigte gestern die Positionen 270 bis 272 (Salz-, Schwefel- und Salpetersäure) und nahm sie nach der Regierungsvorlage an; ebenso 274 bis 284. — Heute hält die Kommission keine Sitzung ab; sie blieb auch, entgegen einer Anregung des Grafen Kanitz, der keine Lust zu haben erklärte, in Berlin drei Tage „herumzuschwiemeln“, bei ihrem Beschluß, weder am Sonnabend noch am Montag Sitzungen abzuhalten. —

— **In der Zuckerkommission** des Reichstages gab gestern auf Anfrage Geh.-Rat Kühn eine Uebersicht über die Brüsseler Verhandlungen. Die englischen Delegierten erklärten bestimmt, daß England das System der Entrepots annehmen werde. Danach sei die Besorgnis ungerechtfertigt, daß England eine versteckte Prämie für die Raffinerie einführe. Ministerialdirektor Körner betont nochmals, daß der Artikel 1 die Möglichkeit ausschließe, daß direkt oder indirekt eine Prämie an die Vertragsstaaten gewährt werde und hebt alsdann nochmals gegen Limburg-Stirum hervor, daß England in keiner Weise in der Lage sei, in Entrepots raffinierten Zucker anders zu behandeln wie unmittelbar aus dem Auslande hereinkommenden Zucker. Bei Artikel 3 entspinnt sich eine längere Debatte über den von der Brüsseler Konvention beschlossenen Ueberzoll von 6 Frank. Ministerialdirektor Körner führt aus, Deutschland habe nicht mehr erreichen können und habe sich mit diesem Ueberzoll, der am 1. September 1903 in Kraft tritt, einverstanden erklärt. Redner bestreitet dann die aufgetauchten Besorgnisse, daß in den englischen Kolonien in kurzer Zeit so viel Zucker erzeugt werde, daß der deutsche Zuckertransport nach England auf ein Minimum schwinden werde. —

— **Gegen Bülows Polenrede** polemisiert das rheinische Centrumsorgan, die „Kölnische Volksztg.“. Bismarcks Reden hätten immer Kraft und Originalität gehabt, es „lag etwas drin“. Man solle sie aber im Interesse Bülows nicht nachlesen. „So lang die gestrige Rede des Reichskanzlers war, so inhaltlos war sie. Nicht einmal das übliche „Brillantfeuerwerk“ von volltönenden Redewendungen, bunten Bildern, eleganten Scherzen und allerhand Citaten (nach denen wir uns übrigens gar nicht sehnen) wurde veranstaltet. Der Hauptsache nach war sie eine matte und breite Umschreibung der Begründung ohne jeden originellen Gedanken. Man sieht es immer deutlicher: sobald Graf Bülow das Gebiet der auswärtigen Politik verläßt, sitzt er auf dem Sande. Sein vielgeschmähter Vorgänger Graf Caprivi hatte sich denn doch in die verschiedenen Fragen, die ihm bis zu seiner Kanzlerschaft völlig fern gelegen hatten, ganz anders hineingearbeitet und wußte darüber wirklich manchmal mit einer Eigenart zu reden, daß ihm niemand die kurze Lehrzeit anmerkte.“ — Die Zahl der Bewunderer der Bülowschen Genialität wird immer kleiner. —

— **Herr von Podbielski Eisenbahnminister?** Ein Hamburger Blatt glaubt behaupten zu können, daß der Rücktritt des Ministers von Thielen bevorstehe. Das Blatt schwankt, ob Minister von Podbielski oder ein anderer General a. D., von Schubart, Thielens Nachfolger werden soll. — Wir sind für Podbielski. Ein Mann, der zuerst ein schneidiger Husarengeneral war, sich dann aber, als er dazu befohlen wurde, in unglaublicher Kürze in die Mysterien der Reichspostverwaltung hineinfand; von hier aus wieder kühn zur Landwirtschaft überging und die Interessen der Agrarier wacker vertrat, wird sich auch leicht in das Eisenbahnwesen hineinfinden. Und gerade, weil er als Landwirtschaftsminister so üble Erfahrungen mit Röhrenbrüchen gemacht hat, wird er der rechte Mann sein, den Achsenbrüchen bei der Eisenbahn auf die Spur zu kommen. —

— **„Ein kräftiges Wörtlein.“** Das großherzoglich oldenburgische Staatsministerium hat eine Eingabe der Landwirtschaftskammer betreffend Aufrechterhaltung der Grenzsperre gegen ausländisches Vieh ablehnend beantwortet. — Da die „Deutsche Tageszig.“ etwas schwer von Begriff ist, so ist ihr diese Notiz „nicht recht verständlich“. Sollte aber, so schreibt Oertel weiter, die oldenburgische Regierung wirklich geneigt sein, den unbedingt notwendigen Grenzschutz gegen Viehseuchen aufzugeben, so würde ein kräftiges Wörtlein mit ihr zu reden sein.“ — Gräßlich! Werden die kräftigen oldenburgischen Bauern rennen, reiten und flüchten, wenn sie Oertels weiße Weste von weitem schimmern sehen! —

— **Die Majestätsbeleidigung des Leipziger „General-Anzeigers“,** die zur Verhaftung des Redakteurs führte, soll in einem Artikel über den „jüngsten deutschen Rittmeister“ enthalten sein. Der Artikel befaßte sich mit der Aufsehen erregenden Ernennung des reichsländischen Großindustriellen und Reichstagsabgeordneten Baron de Schmid zum Rittmeister à la suite des Deutzer Kürassierregiments und ist nach der „Leipz. Volksztg.“ ein widerliches Gemisch von tugendhafter Entrüstung über die Ernennung und überloyaler Gesinnung; eine Majestätsbeleidigung hat unser Leipziger Parteiblatt aber in dem Geschreibsel nicht zu entdecken vermocht. —

Hamburg, 28. Mai. Die heutige Generalversammlung der Hamburg-Amerika-Linie führte zu einer Auseinandersetzung des Agrariers Dr. Diederich Hahn mit der Direktion der Gesellschaft, in deren Verlauf Dr. Hahn sich veranlaßt sah, selbst die Genehmigung des Schiffahrts-Abkommens mit Nordamerika zu beantragen. Die Versammlung beschloß einstimmig demgemäß. —

Dresden, 29. Mai. Die Petitionsdeputation der Zweiten Kammer des Landtags hat beschlossen, die Wahlrechtspetition der Genossen Sindermann und Thieme auf sich beruhen zu lassen, da „nach ihrer einhelligen Ansicht sich die Einführung des gleichen, allgemeinen, geheimen, direkten Wahlrechts für die Landtagswahlen in Sachsen, nach der Beschaffenheit des Landes und seiner Bevölkerung, nicht empfiehlt.“ Die Reaktionäre halten fest an der Beute des Wahlrechtsraubs und wollen davon auch nicht ein Teilchen herausgeben. Inwiefern übrigens die „Beschaffenheit des Landes und seiner Bevölkerung“ dem allgemeinen Wahlrecht für den Landtag mehr im Wege steht wie für den Reichstag bleibt Geheimnis der Petitionsdeputation. —

Frankreich.

Der Rücktritt des Ministeriums Waldeck-Rousseau.

Der gestrige Ministerrat hat thatsächlich die Demission des gesamten Kabinetts beschlossen, und das Ministerium führt die Geschäfte nunmehr kommissarisch fort bis zur Ernennung des neuen Kabinetts. Der Charakter der neuen Regierung hängt von der Präsidentenwahl der Kammer ab. In den Kreisen der Radikal-Sozialisten und der Sozialisten besteht noch eine starke Neigung, die Kandidatur Brisson aufrecht zu halten und für Leon Bourgeois den Vorsitz des Ministeriums zu reservieren. Nach der Eröffnung der Minister-Krisis wird Präsident Loubet selbst, wie versichert wird, zunächst Delcassee als Ministerpräsident vorschlagen. Delcassee wird diese Ehre ablehnen, jedoch ist damit sein Verbleiben in dem neuen Ministerium gesichert. —

Kleine politische Nachrichten. Graf Hoensbroech, der ehemalige Jesuit, will sich als Herausgeber einer Zeitschrift „Deutschland“ versuchen und dabei, wie er in einem Cirkular erklärt, einerseits in den Bahnen Bismarckscher Ideen wandeln, andererseits offen anerkennen, „daß die vielfach als Schreckbild hingestellte Sozialdemokratie für die Kulturentwicklung der Menschheit einen segensreichen Einfluß ausübt.“ — Die Glogauer Meldung, daß seitens des deutschen Reiches bei der schweizerischen Regierung der Antrag auf Auslieferung des Grafen Pückler-Klein-Tschirne gestellt worden sei, bestätigt sich angeblich nicht. Zum Tod des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Kügler wird berichtet, Abgeordnete, die ihm nahe gestanden haben, erzählen, daß Kügler die Absicht hatte, bei den nächsten Wahlen als Kandidat aufzutreten und sich dem linken Flügel der Nationalliberalen anzuschließen. — Die „Post“ dementiert die Meldung, daß der Oberprokurator des russischen heiligen Synod Pobjedonoszew Wiesbaden verlassen habe, weil die dortige Polizeibehörde erklärt hätte, sie könne für seine Sicherheit nicht einstehen. Nach eigenen Aeußerungen Pobjedonoszews ist es die „Ungunst der Witterung“ und deren Einwirkung auf seinen körperlichen Zustand gewesen, was ihn zur Abkürzung seines Aufenthaltes in Wiesbaden veranlaßt habe. —

Gewerkschaftsbewegung.

Bergarbeiter. In Unter-Reichenau streiken seit Montag 700 Grubenarbeiter der Firma Stark in Unter-Reichenau wegen Lohndifferenzen und Entlassung zweier Arbeiter. Die Ruhe wurde bisher nicht gestört. —

Bauhandwerker. In Braunschweig ist jetzt der Streik im Gange. Die Zahl der am Ausstand Beteiligten beträgt gegenwärtig 233, abgereist sind 22 Mann. In allen Betrieben zusammen arbeiten nur noch 7 Zimmergesellen. Die Haltung der Streikenden ist vorzüglich. — In Hamburg sind jetzt alle Arbeiter des Baugewerbes in eine Bewegung eingetreten, um die neunstündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 70 Pfg. durchzusetzen. Gemäß früheren Vereinbarungen hätten die Unternehmer diese Forderung bereits zugestehen müssen. Da es aber nicht geschehen ist, so haben die beteiligten Arbeiter am Montag an die einzelnen Unternehmer die genannte Forderung gestellt. — Bei den Maurern haben bereits 69 Unternehmer, bei denen 1020 Gesellen und 55 Poliere arbeiten, die Forderung bewilligt. — Von den Zimmerern arbeiten 358 Gesellen bei 38 Unternehmern zu den neuen Bedingungen. 97 Zimmerer befinden sich im Streik. Wir sind überzeugt, daß sich keine Arbeitswilligen finden werden. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 29. Mai 1902.

— **Sozialdemokratischer Verein für Magdeburg und Umgegend.** Umständehalber findet die angekündigte Versammlung am Sonnabend im „Dreikaiserbund“ nicht statt. Der Leseabend wird aber trotzdem abgehalten. —

— **Gewerbegerichts-Beisitzer.** Umständehalber findet die Versammlung am Freitag nicht statt. —

— **Ein Wasserrohrbruch** entstand am Donnerstag morgen vor dem Grundstück Halberstädterstraße 56. Durch einen Mann der Sudenburger Feuerwehr wurde durch Abstellen des Hauptahnes weiteres Malheur verhütet. —

— **Blinder Feuerlärm** entstand am Mittwoch nachmittag 4 Uhr in der Großen Junkerstraße. Die Ursache war starker Rauch, welcher aus einem Bäckerei-Schornstein kam und sich infolge der Hitze auf das Dach des Nachbargrundstückes legte. Die alarmierte Feuerwehr rückte sofort wieder ab. —

Kleine Chronik.

In eine Chinesin verliebt.

Dem „Geselligen“ wird berichtet: Ein junger Mann aus der Umgegend von Königsberg i. Pr., der den Krieg in China mitmachte, verliebte sich dort in eine Chinesin und versprach ihr die Ehe. In seiner Heimat angelangt, arbeitete er den Winter über im Bergwerk zu Palmnicken. Jüngst erhielt er von seiner Braut ein Schreiben, er möge doch sobald wie möglich zurückkommen, die Eltern hätten eingewilligt und sie könnten sich heiraten. Dem Schreiben war eine reichliche Geldsumme zur Reise beigefügt. Der Bergmann hat sofort seine Sachen gepackt und schwimmt bereits auf dem Meere seiner neuen Heimat zu. —

Selbstmordversuch einer Schauspielerin.

Wie ein Telegramm aus Wien berichtet, versuchte sich die Schauspielerin Marie Krall vom Kaiser-Jubiläum-Stadttheater während der Probe in der Garderobe zu erschießen. Die Kugel ging jedoch fehl, und Fräulein Krall blieb unverletzt. Finanzielle Kalamitäten sollen das Motiv der That sein. —

Nachwehen von der Dreyfus-Affaire.

Der Civilprozeß der Witwe Henry gegen Reinach begann am Mittwoch vor dem Seine-Tribunal. Der Gerichtshof wird über den Antrag Reinachs auf Zulassung des Wahrheitsbeweises des Henryschen Verrates beschließen. —

Kleine Tageschronik. Auf der Strecke Hagen-Neuß finden, wie aus Bochum gemeldet wird, gegenwärtig Probefahrten mit einer neuen Lokomotive statt, die 400 Kilometer zurücklegen soll, ohne Wasser einzunehmen. — Der Prozeß gegen die Direktoren und Aufsichtsräte der Leipziger Bank wird am 16. Juni vor dem Schwurgericht zu Leipzig beginnen. — Edison in New-York kündigt die Erfindung eines neuen elektrischen Automobils für Riesenstrecken an. Eine Probefahrt über 5000 englische Meilen steht bevor. — Bei einer Parade zu Ehren der zur Enthüllung des Rochambeau-Denkmals eingetroffenen Gäste stürzte in New-York eine Holzbrücke über eine Straßenausschachtung an der fünften Avenue ein. Eine Person wurde getötet 110 verletzt. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 28. Mai 1902.

Zuhälterdienste. Der Arbeiter Walter Loose hier wird wegen Kuppelei (Verrichtung von Zuhälterdiensten) zu 3 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. —

Kuppelei. Die Aufwärterin Lina Nitschmann hier, geboren 1856, wird wegen Kuppelei zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt. —

Roher Patron. Der Arbeiter Otto Lüders aus Colbitz lebt mit seiner alten Mutter, die erblindet ist häufig in Unfrieden. Im März d. J. zerriß er eine Wachstuchdecke, zerschlug einen Tisch, beschädigte einen Stuhl und hackte einen Weinstock ab. Die Mutter bedrohte er zweimal mit Totschlag. Der Angeklagte wird zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Er wird sofort verhaftet. —

Freisprechung. Die Agentin Emma Oelze geborene Habermann hier wird von der Anklage der Nötigung freigesprochen. —

Aus dem Ober-Verwaltungsgericht.

W. **Totensonntag und Volksversammlungen in der Provinz Sachsen.** Die Verfrommungs-Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen spielte eine Rolle in einem interessanten Rechtsstreit, den der Parteigenosse W. Otto, der Vorsitzende des Wahlvereins für Naumburg-Zeitz-Weißenfels gegen den Merseburger Regierungs-Präsidenten beim Ober-Verwaltungsgericht gewonnen hat. Der Amtsvorsteher zu Teuchern hatte eine von O. zum Totensonntag einberufene öffentliche Volksversammlung mit der Begründung verboten, daß es in einer früheren sozialdemokratischen Versammlung zwischen den Genossen zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen sei und daß er Ausschreitungen für den Totensonntag befürchte. Ueberhaupt nähmen viele Leute an solchen ernsten Tagen an Volksversammlungen Anstoß, und zudem stände für den fraglichen Tag O. nicht einmal das angegebene Lokal zur Verfügung. — Nach vergeblichen Beschwerden beim Landrat und beim Regierungs-Präsidenten klagte O. beim Ober-Verwaltungsgericht auf Aufhebung der Verbotsverfügung und berief sich u. a. auf das Kammergericht.

Der 1. Senat gab auch seinem Antrage statt und zwar mit folgender Begründung: Nach Artikel 30 der preußischen Verfassung unterliege das Vereins- und Versammlungswesen der Regelung durch Gesetz, namentlich im Interesse der öffentlichen Sicherheit. Der Auffassung des Kammergerichts, wonach das Vereins- und Versammlungswesen ausschließlich seine Regelung durch das Vereinsgesetz erfahren habe, könne das Ober-Verwaltungsgericht sich nicht anschließen. Es nehme vielmehr an, daß Versammlungen auch sonst den allgemeinen Gesetzen unterliegen und auch die überall in Preußen auf Grund der Kabinettsordre von 1837 erlassenen Ober-Präsidial- und Regierungs-Verordnungen über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage auf sie Anwendung fänden. Enthielte die fragliche Verordnung für die Provinz Sachsen für den Totensonntag ein Versammlungs-Verbot, dann wäre nach der Auffassung des Senats, die allerdings der des Kammergerichts entgegenstehe, die Versammlung mit Recht verboten worden. Sie enthalte aber eine solche Bestimmung nicht; ohne eine solche Vorschrift hätte aber die Versammlung mit Rücksicht auf die Feier des dem Andenken der Verstorbenen gewidmeten Tages nicht verboten werden können. Wenn nun der Amtsvorsteher und der Regierungs-Präsident sich auf heftige Auseinandersetzungen in einer früheren Versammlung beriefen, so sei das kein Grund zu einem Verbot. Ein Verbot aus solchen Erwägungen verletze das Vereins- und Versammlungsrecht, richte sich gegen die Versammlungsfreiheit selber und sei unzulässig. Und daß etwa Ruhestörungen für den Totensonntag zu befürchten gewesen wären, sei nicht ersichtlich. Das Verbot sei deshalb außer Kraft zu setzen. —

Prozeß Sauden und Genossen.

Zweiter Tag.

Es wird zunächst über die Frage verhandelt, wer als Sachverständiger zu dem Thema der Untreue anwesend sein soll. Gegen die Sachverständigen-Qualität der beiden ehemaligen Angestellten der Preußenbank Bollmann und Richter wird seitens der Verteidiger protestiert unter dem Hinweise, daß die beiden Herren seiner Zeit entlassen worden seien und als Bank-Sachverständige nicht erachtet werden können. Der Gerichtshof beschließt denn auch, daß die Herren Bollmann und Richter nur als Zeugen zu vernehmen sind.

Die Beweisaufnahme wendet sich zunächst der Frage zu, ob die oben erwähnten Breslauer Hypotheken von 974 000 Mark nach Art der Verbindung der Preußenbank mit der Firma G. v. Pachalys Enkel in Breslau als Pfandbriefdeckung dienen konnten oder nicht. Der Zeuge Henschel, Prokurist der Firma G. v. Pachalys Enkel, macht eingehende Angaben über den Geschäftsverkehr seines Hauses mit der Preußischen Hypothekenbank.

Der Gerichtshof beschließt folgendes: 1. den Sachverständigen Oliven, der krank ist, kommissarisch in seiner Wohnung zu vernehmen; 2. die Bankdirektoren Braun und Dr. Gelpcke, die ihr Ausbleiben un-

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 123. Magdeburg, Freitag, den 30. Mai 1902. 13. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 29. Mai 1902.

Sind die Notstandsarbeiten beendet?

Seitens des Friedhofs-Inspektors Fischer werden von morgen ab für bis jetzt beschäftigte Arbeitslose Frauen eingestellt, welche pro Tag mit 1,30 Mark entlohnt werden. Unter den Frauen befinden sich einige, deren Männer Arbeit haben, davon einzelne sogar in städtischen Betrieben.

Jedenfalls hat man es hier mit der Maßnahme eines einzelnen Beamten zu thun, denn am Mittwoch sind erst noch seitens des Garten-Direktors Herrn Schoch Leute nach dem Buckauer Friedhof geschickt worden, um dort beschäftigt zu werden. Es würde sich zunächst empfehlen, daß sich einige der Arbeitslosen beschwerdeführend an den Oberbürgermeister Schneider wenden. —

— **Der Oberpräsident und die altstädtischen Kirchengemeinden.** Wie unsere Leser sich erinnern werden, hat Genosse Stadtv. Haupt seiner Zeit gegen den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, den altstädtischen Kirchen-Gemeinden alljährlich 6000 Mark aus städtischen Mitteln zu überweisen, bei dem Regierungs-Präsidenten Beschwerde erhoben, weil auch solche Stadtverordnete an dem Beschluß teilnahmen, welche gleichzeitig Kirchenräte sind. Nachdem der Regierungs-Präsident einen ablehnenden Bescheid erteilt hatte, war die Beschwerde an den Oberpräsidenten weitergegangen, welcher nunmehr dem Genossen Haupt folgende Antwort hat zugehen lassen:

Der Ober-Präsident
der Provinz Sachsen.

Magdeburg, den 23. Mai 1902.

Ihrer ohne nähere Begründung hier eingegangenen Beschwerde vom 25. März d. Js. gegen den Bescheid des Herrn Regierungs-Präsidenten vom 8. März d. Js. I. K. 1417 vermag ich keine Folge zu geben. Wie in diesem Bescheide zutreffend ausgeführt ist, wird durch die Mitgliedschaft eines Stadtverordneten bei einer anderen Korporation nicht ein solches Interesse bedingt, daß er gemäß § 44 der Städteordnung von der Teilnahme an der Beratung und Beschlußfassung über Angelegenheiten, welche die Stadtgemeinde und die betreffende Korporation gleichzeitig angehen, ausgeschlossen wäre. (Vergl. auch Oertel, Städteordnung, Anm. 1 zu § 44). Der Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 19. Dezember v. J. verstößt sonach nicht gegen die Gesetze und lag deshalb auch kein Anlaß vor, von Aufsichtswegen den Magistrat zur Beanstandung dieses Beschlusses anzuweisen.

v. Boetticher

An
den Stadtverordneten Herrn Haupt
hier.

Selbst wenn die Auffassung des Oberpräsidenten über den § 44 der Städte-Ordnung berechtigt wäre — selbst der Stadtv. Justizrat Stern, welcher den Beschluß der Stadtverordneten sachlich billigt, ist anderer Ansicht — so wäre doch zu berücksichtigen, daß die städtischen Körperschaften ausdrücklich durch Ortsstatut beschlossen haben, daß in der fraglichen Angelegenheit Stadtverordnete, die gleichzeitig Kirchenräte sind, nicht mitberaten noch mit abstimmen dürfen und daß die städtischen Körperschaften dieses Ortsstatut noch immer nicht aufgehoben, wohl aber dagegen verstoßen haben. Die Sache wird natürlich nunmehr an den zuständigen Minister weitergehen. —

— **An die Einwohner von Sudenburg.** Bereits im vorigen Jahre haben wir im öffentlichen Interesse Stellung nehmen müssen gegen unliebsame Vorkommnisse, die von einem Teil der Anwohner des Spielplatzes am Königsweg in der Sudenburg gegen die auf dem Platz unter Leitung von Lehrerinnen ihre Turnübungen abhaltenden Schülerinnen der Bürger- und Volksschulen begangen sind. Diese unliebsamen Vorkommnisse bestanden in Verunreinigungen des Platzes, sowie in Belästigungen der jungen Mädchen und der Lehrerinnen. Daß sich hieran nicht bloß einige übermütige halbwüchsige Schlingel, sondern auch erwachsene Personen beteiligt hatten, war um so trauriger. Der Einfluß der besonnenen Elemente hat die unliebsamen Störungen des dort ausgeführten Turnunterrichts allmählich verschwinden lassen. Neuerdings scheinen sich aber wieder Bestrebungen unter den Anwohnern des Platzes geltend zu machen, die geeignet sind, ein weiteres Abhalten der Turnübungen der Mädchen dort beinahe unmöglich zu machen. Um zu verhindern, daß dieser für die Sudenburger Arbeiter höchst beschämende und bedauerliche Umstand eintritt, halten wir uns im Interesse der davon betroffenen Mädchen mit ihren Lehrerinnen für verpflichtet, die gröblichsten Ausschreitungen zu veröffentlichen, um den ordentlichen Elementen der Sudenburger Arbeiter die Möglichkeit zu geben, gegen die Flegeleien einschreiten zu können.

Am Montag, den 12. d. M., hatten 6 Abteilungen der Sudenburger Bürger-Mädchen-Schule und 4 Abteilungen der zweiten Volks-Mädchenschule nachmittags von 2 bis 5 Uhr auf dem Spielplatze Königsweg ihre Spielstunden abzuhalten. In dieser Zeit wurde der Unterricht von dem dort sich aufhaltenden Publikum, Frauen, Kindern und halbwüchsigen Burschen auf die ärgste Weise gestört. Die wiederholten Aufforderungen der anwesenden Lehrerinnen, sich auf die andere Seite des Platzes zu begeben, wurden mit Schimpfreden beantwortet, jedes Kommando unter schallendem Gelächter wiederholt. Mit Hilfe des Kastellans wurde das Publikum vom Spielplatze entfernt. Als der Kastellan jedoch außer Sehweite war, wiederholten sich die Angriffe von neuem von der Planke herab, die die halbwüchsigen Burschen erstiegen hatten; nachdem der Platz auf Veranlassung der Lehrerinnen abgeschlossen war, hagelten große Steine, Holzstücke und Erdballen zwischen die Abteilungen. Verschiedene Kinder wurden getroffen, und ist es nur als ein glücklicher Zufall anzusehen, daß die Schülerinnen ohne ernstere Körperverletzungen davonkamen. Bei dem Ausmarschieren einer Bürgerschul-Abteilung wurden sogar verschiedene Kinder thätlich angegriffen und verletzt.

Derartige Vorkommnisse sind auf das tiefste zu bedauern. Sie können nur aus der Welt geschafft werden, wenn jeder unserer Leser, der irgend welchen Einfluß auszuüben imstande ist, an der Beseitigung dieser Uebelstände mitarbeitet. Wir geben uns der sicheren Hoffnung hin, daß es nur dieser einen Aufforderung bedarf, um unter der Mitarbeit der in jener Gegend zahlreich wohnenden aufgeklärten Arbeiter einer Wiederholung der unliebsamen Vorkommnisse vorzubeugen. —

— **Woher die Magdeburger „Neuesten Nachrichten" ihre Magdeburger neuesten Nachrichten beziehen.** Die vor einigen Tagen von uns berichtete Verhaftung eines hiesigen Fensterladens wegen „Majestätsbeleidigung" ist in einige unserer Parteiblätter — auch den „Vorwärts" — übergegangen. Gestern fanden wir diese Notiz in der in Berlin erscheinenden „Freis. Ztg." in einer Form wieder, in welcher wir sie heute in den „Neuesten Nachrichten" entdecken. Es heißt dort:

„Ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung ist hier anhängig gemacht worden. Eines Morgens wurde eine Majestätsbeleidigung entdeckt, die mit Kreide an einen Fensterladen angeschrieben war. Statt die von unreiner Phantasie zeugende Bemerkung einfach abzuwischen, wurde von einem Polizeibeamten der Fensterladen ausgehängt und nach dem Polizeibureau gebracht; der „Vorwärts" nimmt an, um Schriftvergleiche anzustellen."

Abgesehen davon, daß die Neuesten Nachr." das umständliche Verfahren für angebracht halten, sich über hiesige Vorgänge statt sofort aus der „Volksstimme" erst nach einigen Tagen aus Berliner Zeitungen zu unterrichten, enthält die Fassung des Artikels da, wo sie von der unsrigen abweicht, auch eine ulkige Ungereimtheit. Ein „Verfahren" ist nicht eingeleitet, weil nämlich auch die Magdeburger die Eigentümlichkeit besitzen, niemand „zu hängen", den sie nicht haben. Oder meinen die „Neuesten Nachrichten", die ihrem Namen in diesem Falle so viel Ehre angethan haben, etwa gar, daß der verhaftete Fensterladen sich demnächst unter Assistenz eines Offizialverteidigers vor der Strafkammer zu verantworten haben wird? —

— **Ein Sittlichkeitsverbrecher.** In nichtöffentlicher Sitzung des königl. Landgerichts wurde am Mittwoch der schon öfter bestrafte Arbeiter Hermann Säger hier, geboren 1864, wegen Erregung eines öffentlichen Aergernisses im Verein mit Beleidigung in drei Fällen, Sittlichkeitsverbrechens im Verein mit Beleidigung in zwei Fällen und Diebstahls zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Säger war Hilfsarbeiter des Kastellans der 1. Bürger-Knabenschule in der Großen Schulstraße, woselbst er auch wohnte. Die Sittlichkeitsverbrechen hat er an Schulmädchen begangen, die er in seine Wohnung lockte und dort vergewaltigte. Angesichts dieser Thatsache erhebt sich die Frage, ob die Kastellane, so weit sie auf Hilfsarbeiter angewiesen sind, in der Auswahl der zur Verfügung stehenden Menschen nicht etwas vorsichtiger und gewissenhafter zu Werke gehen können, oder ob sie wegen zu geringer Bezahlung unzuverlässige und minderwertige Elemente zu nehmen gezwungen sind. —

— **Unfall.** Am Mittwoch nachmittag gegen 5 Uhr hatte der Rollkutscher F. eine Fuhre Korn nach dem Vorland der Elbe am Jakobsförder gefahren. Auf der Rückfahrt rannte F. beim Passieren der dortigen Eisenbahnbrücke mit dem Kopf derartig an einen eisernen Träger unter der Brücke an, daß er eine klaffende Kopfwunde davontrug. Der Heilgehilfe Wilhelm Koch legte dem Verunglückten einen Notverband an, worauf sich F. nach dem städtischen Krankenhause begab. —

— **In polizeiwidrigem Zustande** befindet sich die Dunggrube im Hause Ritterstraße 3 in der Neustadt. Obwohl vor einigen Jahren die Polizei eine Aenderung verlangt hatte, daß der Jauchenabfluß nicht in die Grube selbst geleitet wird, hat man doch nur auf kurze Zeit Abhilfe geschaffen; jetzt sieht es dort wieder so aus, wie vor dem Eingriff der Polizei. Infolgedessen ist am Mittwoch nachmittag ein

---

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Die Erbschleicherinnen.

Roman in zwei Bänden von Ernst von Wolzogen.

(44. Fortsetzung.)

Es war etwa zehn Uhr, als Gregor eintrat, von der widerlichen Zimmervermieterin mit unterwürfigen Knicksen und einem Schwall anzüglicher Redensarten hereingeleitet.

Sobald die Alte hinaus war, drückte er Fräulein Grönroos die Hand und dann öffnete er die Arme weit, seinem Liebchen entgegen. Aber Lizzi flog ihm nicht um den Hals, wie er es wohl erwartete, sondern streckte ihm nur errötend die Hand hin.

„Aber Lizzi!" rief er ein wenig befremdet, „so kalt heut? Hast Du schlecht geschlafen?"

Sie erschrak über das „Du" und blickte verlegen zu ihm auf.

„Nein, i dank schön, ich hab' schon ganz gut g'schlaf'n. Fräulein Grönroos war so freundlich und hat mi in ihr Bett legen lassen. Sie selber hat am Kanapee g'schlaf'n. I hätt's ja g'wiß net g'litten, wenn i net gestert abends so ganz matsch g'wes'n wär'. I muß mi wirklich schämen. Bitt schön, denk'n S' nur nix Unrecht's von mir, Herr von Krajesovich."

„Aber, was ist denn das! Soll ich vielleicht wieder gnädiges Fräulein sagen? O, da muß ich doch sehr bitten — meine kleine Lizzi!" Und damit nahm er sie ohne weiteres beim Kopf und strafte sie lachend mit einigen raschen Küssen ab.

Sie machte sich ängstlich von ihm los und wischte sich mit ihrem Tüchlein das Gesicht ab. Sein Schnurrbart war feucht gewesen.

Er schüttelte verwundert den Kopf und wollte sich neben sie auf das alte Sofa setzen; aber da rückte sie gleich so scheu fort, daß er es aufgab und sich ein wenig ärgerlich einen Stuhl herbeiholte. Bevor er sich setzte, ließ er seine lebhaften schwarzen Augen einen raschen Spaziergang durch das Zimmer machen. Die außerordentliche Dürftigkeit der Einrichtung, die Unbehaglichkeit und Unordnung schien ihn peinlich zu überraschen, die Bilder an den Wänden ihn geradezu zu erschrecken.

Milka sah ihm das an und scherzte: „Ja, lieber Doktor Faust: in dieser Armut welche Fülle, in diesem Kerker welche Seligkeit! können Sie hier nicht deklamieren, wie in Grethens Zimmer, und meine Pinseleien da an der Wand werden Ihnen auch nicht gerade sinnig, minnig vorkommen. Shocking, nicht wahr? Na, wir brauchen uns ja nichts vorzumachen: die Anatomie gehört bei mir so gut zum Handwerk wie bei Ihnen. Das sind so meine Klassenextemporalien. Was sagen Sie dazu?"

„O, ich bin ja ganz Laie in diesen Dingen," erwiderte er etwas verlegen, indem er, ohne näher zu treten, den Blick über die rahmenlos an der Wand hängenden Aktstudien in Kohle und Oel schweifen ließ. „Jedenfalls für eine Dame sehr kühn und . . . prüde sind Sie nicht!"

„Nein, das können Sie von mir nicht verlangen," lachte Milka hart auf. „Das ist eine meiner vielen negativen Tugenden. Scheußlich brutal hingehauen, nicht wahr? Sagen Sie's nur gerade heraus. Das ist gar nicht einmal ein Tadel für uns moderne Kraftfanatiker — für ein bleichsüchtiges Malmädchen nun vollends nicht. Mein Professor hat mich sehr gelobt dafür. Uebrigens, pardon: wollen Sie rauchen? Sie sind nicht schlecht — das ist der einzige Luxus, den ich mir gestatte." Damit schob sie ihm eine Schachtel mit Cigaretten über den Tisch zu.

Er bediente sich, rauchte ein paar Züge und lobte den Tabak. Dann trat eine etwas beängstigende Pause ein.

Während die Malerin noch über einen Vorwand nachsann, unter welchem sie das Liebespaar allein lassen konnte, ermannte sich Gregor soweit, um an Lizzi die Frage zu richten, was sie denn nun zu thun gedenke?

Lizzi seufzte tief auf. Sie biß sich auf die Lippen und richtete die von neuen Thränen verschleierten Augen in stummer Frage auf ihren Anbeter.

Milka kam ihr zu Hilfe und sprach: „Das Vernünftigste wäre, wir beide mieteten uns zusammen ein paar hübsche Zimmer und studierten fleißig darauf los; das heißt, wenn es Ihnen überhaupt noch ernst ist mit dem Gedanken, zur Bühne zu gehen. Mittel und Wege kenne ich schon. Zunächst würde ich Sie selbst in Behandlung nehmen, versuchen, Ihnen den Dialekt etwas abzugewöhnen und Ihnen ein paar Deklamationsstücke einstudieren, mit denen Sie sich vor irgend einem ordentlichen Lehrer hören lassen können. Aber da ist ein kleines Hindernis vorhanden! Wir haben alle beide kein Geld."

Gregor machte ein langes Gesicht und ließ nachdenklich seinen Schnurrbart durch die Finger gleiten. Er merkte, daß das Fräulein ihn erwartungsvoll ansah, und so begann er denn etwas verlegen: „Ja, wissen Sie, wenn Sie allerdings kein Geld haben . . . hm — ich würde mir ja gern die Freiheit nehmen, den Damen anzubieten, aber . . . Ich stehe im Examen, wissen S'. und so groß ist mein Wechsel auch nicht. Bitte, nehmen nicht übel, aber überhaupt die Idee mit der Bühne . . ." Er brach errötend ab und suchte Lizzis Blick. Und dann rückte er ihr näher und sagte: „Aber Du wolltest doch versuchen, bei der Frau von — wie hieß sie doch?"

„Frau von Goldacker?" rief Lizzi, sich an die Stirn greifend. „Ja, gewiß, da möcht' i hin. Aber mei' Sach' is doch noch auf 'm Bahnhof, und wenn jetzt d' Frau Konsul von Hamburg telegraphiert hat — o mei', i weiß gar nimmer, was i anfangen soll. I möchte der Kathi a Brieferl schick'n, daß s' mit mir hingeht zu der Majorin und für mich a Wört'l einlegt — ich weiß net, i trau mi net, i schäm mi so, wenn s' mi fragt, wo i d' Nacht über g'wes'n bin. Was sag i denn da?"

„Sie sind nicht sehr höflich, Fräulein Mödlinger," sagte Milka leise, indem sie den Mund zu einem schmerzlichen Lächeln verzog.

Erschrocken blickte das arme Kind zu ihr auf. Die Augen standen ihr ganz voll Thränen. Sie ergriff Milkas Hand und sagte traurig: „Ach, bitt schön, net bös sein: I weiß ja gar nimmer, was i red."

(Fortsetzung folgt.)

vierjähriger Knabe dort in die Grube gefallen und ware sicherlich erstickt, wenn er durch Hinzueilende nicht aus seiner üblen Lage befreit worden wäre. Der Kleine mußte sofort zu Bett gebracht werden. —

— **Ein Frauenarztbuch** wird schon wieder einmal den verehrten Leserinnen seitens einiger Buchhandlungsreisenden mit hochtönenden Worten empfohlen. Wir warnen dringend vor dem übereiligen Unterschreiben von den zu diesem Zwecke vorgelegten Kaufkontrakten. Wer von unseren Leserinnen ein derartiges Werk beziehen will, der sei daran erinnert, daß unsere Buchhandlung in der Jakobsstraße gute und gediegene Bücher der betreffenden Art verschafft. —

— **Die „Neuesten Nachrichten"** bringen in Nr. 22 vom 29. Mai ein Inserat, in welchem sich ein Vergnügungslokal „zu den Pfingst-Feiertagen" in empfehlende Erinnerung bringt. Ob der Wirt des betr. Lokals das Inserat jetzt so aufgegeben hat, oder ob das Blatt in Ermangelung von Inseratenstoff dieses nicht mehr ganz zeitgemäße Inserat als Füllinserat in die heutige Nummer gebracht hat, ist zu erfragen in der „Expedition dieses Blattes", d. h. der „Neuesten Nachrichten". —

— **Das Kaiser Otto-Denkmal** auf dem Alte Markt wird zur Zeit einer gründlichen Renovation unterzogen, die sich in der Hauptsache auf eine gründliche Reinigung des total verstaubten Monuments erstrecken wird. —

— **Die Firma Henneberg u. Co. Nachf.** ersucht uns auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung:

„In Nr. 118 Ihrer Zeitung befindet sich ein „Wie Diebstähle entstehen" überschriebener Artikel, der über die bei unserer Firma bestehenden Lohnverhältnisse unrichtige Angaben enthält. Zur Richtigstellung erlauben wir uns Ihnen folgendes mitzuteilen: Die Arbeiter erhalten natürlich je nach der Dauer ihrer Dienstzeit bei uns verschiedene Löhne; von den beiden wegen Verdachts des Diebstahls entlassenen Arbeitern hatte der ältere 18,50, der andere, Bestrafte, 16,50 Lohn per Woche. Außerdem verdiente jeder einzelne an Ueberstunden während der Monate September bis Februar durchschnittlich 1½ bis 2 Mark und der Bestrafte ferner für dem Geschäft geleistete Extra-Arbeiten 2 bis 3 Mark per Woche, so daß für letzteren ein Wochenverdienst von durchschnittlich 20 Mark herauskommt, von einem Hungerlohne kann also keine Rede sein. Der bestrafte Arbeiter war übrigens nicht Familienvater wie in Ihrem Bericht steht, sondern unverheiratet. Er ist also nicht zum Diebe geworden, um seiner hungernden Familie Nahrung zu verschaffen, sondern aus anderen Gründen. Er hat deshalb auch weniger wirkliche Nahrungsmittel als andere Artikel wie Cacao usw. gestohlen, die er dann zum halben Preise des Wertes verkaufte. — Schließlich möchten wir noch bemerken, daß auch die unserem Franz Hilffert jun. einem Arbeiter gegenüber, der um Aufbesserung seines Lohnes bat, in den Mund gelegte Aeußerung, „er könne jetzt genug Leute für 13 Mark haben", auf Unwahrheit beruht; es ist nie eine solche Aeußerung gefallen."

Dieser Berichtigung gegenüber erinnern wir an den Wortlaut unseres Artikels, in dem es hieß:

„Am Mittwoch, den 21. Mai, wurde vor dem Schöffengericht gegen sie verhandelt und der eine von den beiden wegen Diebstahls zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. — — — Bei der Verhandlung gab indes der Angeklagte an, daß der geringe Lohn von 15,75 Mark pro Woche nicht ausgereicht hätte, seine Familie zu ernähren; er sich somit, um den Hunger zu stillen, an den Nahrungsmitteln vergriffen hätte."

Von dem anderen, dem auch nicht gerade glänzend besoldeten Angeklagten hatten wir kein Wort verloren, sondern nur von dem einen, der, wie die Firma selbst zugiebt, nur 16 Mark 50 Pf. Wochenlohn hatte. Wir hatten freilich 15 Mark 75 Pf. angegeben; indes wurde dem Manne auch nicht mehr ausgezahlt. Es gingen für Alters-, Invaliditäts- und Krankenkassenbeiträge etwa 58 Pf. ab, während die restlichen circa 12 Pf. vorläufig einbehalten und erst nach einem Vierteljahr ausbezahlt wurden. Ob die Inhaber der Firma von den von ihnen selbst angeführten Einkünften des armen Hausdieners leben könnten, lassen wir dahingestellt. —

Daß die Aeußerung des Herrn Hilffert bezüglich der 13 Mark thatsächlich gefallen ist, hält unser Gewährsmann aufrecht. —

Ein Kampf mit der Polizei.

Der Gastwirt Gottfried Koch, der seit dem Jahre 1894 einen hartnäckigen Kampf mit der Polizei um Erlangung einer Schankkonzession führt, wurde, wie erinnerlich, in der Schöffengerichts-Sitzung vom 11. Februar wegen Beleidigung des königl. Polizeipräsidiums zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Koch legte hiergegen Berufung ein und stand in derselben Sache am gestrigen Mittwoch Termin vor der 3. Strafkammer des königl. Landgerichts hier, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Meyer, an.

Zeugen waren diesmal nicht geladen, weil erst evtl. ein Beschluß gefaßt werden sollte, welche Zeugen geladen werden sollen. Da rechtliche Bedenken nicht erhoben werden, wird in die Verhandlung eingetreten. Der Angeklagte giebt auf Befragen zu, die zwei fraglichen Eingaben, in denen er seine eigene Lage und die Manipulationen verschiedener Polizeibeamten schildert, an den Minister des Innern gesandt zu haben. Die in den Schriftstücken gemachten Angaben, die hiesige Polizei betreffend, hält der Angeklagte in vollem Umfange aufrecht und erbietet sich, durch die Ladung weiterer Zeugen den Wahrheitsbeweis dessen, was er in den Schriftstücken niedergelegt, voll erbringen zu wollen. Auf die Frage des Vorsitzenden: „Zu welchem Zweck haben Sie denn die Eingaben gemacht?" erwiderte Koch: „Weil ich mit meiner Familie durch das Vorgehen der Polizei an den Abgrund des Ruins gebracht worden bin." „Wenn ich auch für mich nichts zu bezwecken glaubte, so hoffte ich doch durch die Angaben in den Schriftstücken meine Mitmenschen vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren. Ich nehme deshalb für mich die Wahrung berechtigter Interessen in Anspruch."

Vom Verteidiger Dr. Franke wird der Einwand der Verjährung erhoben, vom Gericht aber nach längerer Debatte abgelehnt. Der Staatsanwalt stellt fest, daß nicht bloß einzelne Polizeibeamte beleidigt sind, sondern die ganze Polizeibehörde. Unzweifelhaft habe jeder Beamte das Recht, selbständig Strafantrag zu stellen. Im übrigen überläßt er es dem Gerichtshof, über die Beweisanträge zu befinden. Der Angeklagte hält seine Anträge aufrecht und verlangt, daß, wenn keine Freisprechung erfolgt, in die Beweisführung einzutreten. Der Gerichtshof zieht sich hierauf zurück. Nach ca. 1¼stündiger Beratung verkündet der Vorsitzende, daß das Gericht, ohne in eine Beweisführung einzutreten, doch zu einem Urteil gekommen sei. Betreffs der Verjährung habe das Gericht erkannt, daß nach § 72 des Strafgesetzbuches eine Verjährung nicht eingetreten sei. Abweichend von der Ansicht des Vorderrichters sei das Gericht zu der Ansicht gelangt, daß der Angeklagte in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Es war dem Angeklagten augenscheinlich darum zu thun, nachzuweisen, daß es Unrecht sei, ihn gewissermaßen als Querulant zu bezeichnen, und das sei Wahrung berechtigter Interessen. Der Schutz des § 193 Strafgesetzbuchs mußte also dem Angeklagten zugebilligt werden. Der Vorsitzende betont, daß für die Wahrheit der Anschuldigungen, die der Angeklagte der Polizeibehörde gegenüber erhoben habe, auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht worden sei. Es wird angenommen, der Angeklagte habe geglaubt, daß das, was er von der Polizeibehörde angeführt habe, wahr sei. Es war aber weiter zu prüfen, ob nicht aus der Form, die der Angeklagte gebraucht habe, die Absicht einer Beleidigung hervorgeht. Da seien allerdings vier Fälle festgestellt, bei denen sich unzweifelhaft dieses nachweisen ließe. So hätte Koch in einer seiner Angaben davon gesprochen, er hätte unter einer „fürchterlichen tyrannischen Willkür" der Polizei zu leiden. Dies sei eine formelle Beleidigung, die mit der Wahrung berechtigter Interessen nichts zu thun habe. Ebenso, daß der Polizeiassessor Klein dem Angeklagten in „schnöder" Weise zur Antwort gegeben habe, er — Koch — erhielte keine Konzession. Ferner, das Polizeipräsidium habe nur das eine Ziel im Auge, „die Existenz des Angeklagten Koch und seiner Familie zu untergraben". Endlich sei der Ausdruck „tyrannisieren" gebraucht. Wegen dieser 4 Punkte sind die Eingaben als strafbar angesehen. Was das Strafmaß anbetrifft, so hat das Gericht nicht nach § 186 sondern nach § 185 Strafgesetzbuchs erkannt. Von einer Gefängnisstrafe ist daher Abstand zu nehmen. Der Angeklagte Koch wird deshalb wegen Beleidigung, unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils, zu 150 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten für die erste Instanz verurteilt.

Damit hätte der Kampf, den der Gastwirt Koch seit 7 Jahren mit der Polizeibehörde geführt hat, formell ein vorläufiges Ende erreicht. Unsere Erwartung, daß sich auf Grund der Enthüllungen vor dem Schöffengericht das Urteil der Strafkammer zu Gunsten des Angeklagten und zu Ungunsten der Polizei verschieben würde, ist also eingetroffen. Für die Polizeibehörde war es sicher von Vorteil, daß ihr diesmal die Zeugenvernehmung erspart wurde. Ob der Gastwirt Koch nunmehr die Konzession erhalten wird? —

Provinz und Umgegend.

Halberstadt, 29. Mai. (Eig. Drahtb.) (Selbstmord.) Heute früh wurde der Arbeiter Karl Borchert, der an dem hiesigen Proviantamt beschäftigt ist und gestern früh verschwunden war, auf dem Proviantamt erhängt aufgefunden. —

g. **Halle a. S.,** 28. Mai. (Er hatte bei dem Oberbürgermeister Besuch gemacht.) Der Glaser und Restaurateur Genosse Steyskal war heute vor dem Schöffengericht wegen Beleidigung der Polizei und des Oberbürgermeisters Staude angeklagt. Herr Staude hat bekanntlich im November v. J. in einem hiesigen Hotel gelegentlich einer vertraulichen Versammlung, an der Industrielle, Regierungs-Präsidenten und der Ober-Präsident teilnahmen, gesagt: „Wenn sich in Halle 2000 Arbeitslose melden, dann sind 1500 Lattcher und Gelegenheitsarbeiter dabei." Der Angeklagte, der damals arbeitslos war, fühlte sich durch die Aeußerung verletzt und äußerte sich dann in einer Versammlung in angeblich beleidigender Weise über den Oberbürgermeister. Weiter kritisierte er die Polizei, welcher er vorwarf, daß sie die Beschwerden der Arbeiter nicht genügend berücksichtige. Steyskal sah sich nach einem Verteidiger um; er wunderte sich aber nicht schlecht, als er heute morgen folgende Absage erhielt:

Geehrter Herr!

In meiner Abwesenheit ist, wie ich heute nach meiner Rückkehr von Hettstedt ersehe, Ihre Strafsache zur Vertretung angenommen worden. Grundsätzlich bin ich gegen solche Vertretungen durchaus nicht. Ich habe aber mit meiner Frau beim Herrn Oberbürgermeister Besuch gemacht. Deshalb wäre es mehr als taktlos gegen den Herrn Oberbürgermeister von mir, wenn ich Sie in dieser Sache jetzt verteidigen würde. Sehr ergebenst in Eile — folgt Unterschrift.

Der Angeklagte kam auch ohne Verteidiger aus und wurde wegen Beleidigung der Polizei zu 30 Mark und wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß der Oberbürgermeister in Beziehung auf einen Teil der Arbeitslosen den Ausdruck Lattcher gebraucht habe und rechnete dem Angeklagten zu gute, daß er für die Arbeitslosen eine Lanze brechen wollte. —

hn. **Schönebeck,** 28. Mai. (Folgen der Wirtschaftskrise.) Auf der Norddeutschen Munitionsfabrik haben 50 Leute eine Woche pausieren müssen. Letzten Sonnabend sind 26 Mann entlassen, darunter einer, der seit Bestehen der Fabrik hier arbeitet. Am Dienstag abend kam der Anschlag, daß wieder ca. 40 Leute von Mittwoch früh ab ein paar Tage feiern müssen. —

Schönebeck, 28. Mai. (Hirschfelder als Polenfresser.) Ueber die Angelegenheit der Faberschen Bleistiftfabrik äußert sich jetzt auch der Stadtverordnete, Schriftsteller und Druckereibesitzer Hirschfelder in seinem Blättlein. Er meint:

„Die Bleistiftfabrik von Johann Faber nennt in Zuschriften an polnische Kaufleute die preußische Polenpolitik beklagenswert, doch seien die Bayern dafür nicht verantwortlich. Diese „sonderbar national" gesinnte Fabrik verdiente, in ganz Deutschland boykottiert zu werden."

Da Herr Hirschfelder sich jetzt als Anhänger des Boykotts entpuppt hat, so wird er uns vermutlich zustimmen, wenn wir überall zum Boykott gegen die nicht tariftreuen Druckereien aufreizen. —

Thale, 28. Mai. (Tödlicher Unfall.) Am Dienstag nachmittag wurde der sechsjährige Knabe des Arbeiters Katzmareck von einem 50 Centner schweren Wagen der Firma Schädel u. Hültner, welcher mit Cement beladen war, in der Albertstraße so unglücklich überfahren, daß der Tod sofort eintrat und der Knabe völlig entstellt war. Den Geschirrführer, welcher auf der Schoßkelle saß, soll keine Schuld treffen, da der Knabe in vollem Fahren an die Ketten gefaßt hat, welche zwischen den Rädern den Schirrbaum halten, um sich daran zu schaukeln, und hierbei dann zu Falle kam. Möge dieses traurige Ereignis eine Warnung für die Eltern sein, damit sie ihre Kinder ermahnen, das leidige Anhängen an die Wagen zu unterlassen. Uebrigens passiert dergleichen nur Proletarierkindern, welche nicht genügend überwacht werden können. Kinder reicher Leute sind solchen Unfällen nicht ausgesetzt. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Die Sektion 9 der Müllerei-Berufsgenossenschaft in Halberstadt, umfassend die Provinz Sachsen ohne Regierungsbezirk Erfurt und das Herzogtum Anhalt, hält am Montag, den 9. Juni 1902, mittags 12 Uhr, im Hotel Zehnpfund zu Thale am Harz ihre diesjährige ordentliche Sektionsversammlung ab. — Neue schnellfahrende Personenzüge zwischen Dessau und Ballenstedt werden am 1. Juni eingelegt werden und zwar ab Dessau 8 Uhr 50 Min. vorm., in Ballenstedt 10 Uhr 44 Min., ab Ballenstedt 8 Uhr 50 Min. abends, in Dessau 10 Uhr 58 Min. — In der Zeit vom 28. Mai bis 9. Juni werden Mannschaften des Blankenburger Bataillons in Bürgerquartieren untergebracht, da die Kaserne mit eingezogenen Reservisten belegt werden wird. — Ein sehr betrübender Unglücksfall, der den Tod eines Menschen herbeigeführt hat, ereignete sich in der Pulverfabrik zu Rübeland. Mittwoch nachmittag gegen 3 Uhr explodierte ein Läuferwerk, wodurch der Arbeiter Otto Wittekopf sofort getötet wurde. Ueber die Entstehungsursache verlautet noch nichts näheres. — Am Sonnabend nachmittag stürzte der Zimmermann Schmidt aus Rothehütte beim Richten des neu zu erbauenden Hotels Kasten, als er mit dem Einlegen von Sparren beschäftigt war, vom zweiten Stock in den Keller hinab. Der Verunglückte erlitt eine Verstauchung an der linken Hand und einige Hautabschürfungen des rechten Beines und Armes; er begab sich in ärztliche Behandlung. —

Der Gommerner Steinbrucharbeiter-Prozeß.

2. Teil. (Prozeß Voigt und Genossen.)

Sch-e. Magdeburg, 28. Mai 1902.

Der Rest der Vormittags-Sitzung wurde mit der Vernehmung weiterer Belastungszeugen ausgefüllt. Festgestellt wurde, daß Zeuge Steinbruchbesitzer Schröder privatim versucht hat, einem bei ihm beschäftigten Arbeiter das Gedächtnis in Bezug auf die Angeklagten belastende Thatsachen aufzufrischen. Verschiedene Beleidigungen und Bedrohungen Arbeitswilliger durch Streikende — zum Teil durch solche, die nicht auf der Anklagebank sitzen — wurden durch die Zeugen bekundet. —

*

Zeuge Piepke betont in seiner weiteren Vernehmung, er habe nicht gesehen, daß v. Kutschkowski selbst geworfen hat. Wie die Polizisten kamen, habe der Angeklagte v. Kutschkowski gerufen:

„Vorsehen, die Blitzköppe kommen."

Der Ruf „Vorsehen" sei aber auch der Ruf, wodurch sich die Arbeiter vor fallenden Steinen zu warnen pflegten. Der v. K. behauptet, er sei falsch verstanden, er habe die Kinder vor dem Werfen gewarnt.

Einem weiteren Zeugen, damals Arbeitswilligen, ist es am 8 März vormittags aufgefallen, daß Voigt so viel am Fuchsberge hin- und herfuhr. Auch den Lahne hat Zeuge damals bemerkt, hat aber sonst nichts näheres von dem Exceß gesehen.

Zeuge Arbeiter Ebeling hat am 8. März im Schröderschen Bruch an der Plötzkyer Chaussee gearbeitet, hat die Menschenmenge bemerkt und sich mit noch einem anderen Arbeiter in einem Kasten versteckt, weil er sich fürchtete, und hat dann am anderen Tage die Arbeit niedergelegt. In öffentlichen Versammlungen habe Voigt immer gesagt: „Laßt arbeiten, wer arbeiten will." Es sei nicht wahr, daß Voigt ihn, den Zeugen, nach seiner Haftentlassung aufgesucht habe, um ihn zu einer ihm günstigen Aussage zu bestimmen. Er habe seit lange Voigt gar nicht gesprochen.

Zeuge Maaß hat am 8. März abends am Kirchhofe, als er von der Arbeit kam, 10—12 Radler getroffen, darunter Lahne, der habe gesagt: „Da sind sie im Kriegerverein und schinden sich die Knochen entzwei."

Auf Befragen des Rechtsanwalts Heine erklärt der Zeuge, es sei wahr, daß Herr Schröder ihn gestern abend angesprochen und gefragt habe, ob er gesehen habe, daß am 8. März die Radler längere Zeit an den Kiehnen gehalten hätten. Ob Herr Schröder dann, als er — Zeuge — entgegnet habe, das wisse er nicht mehr, bestimmt gesagt habe:

„Das müssen Sie doch wissen",

will Zeuge nicht mehr wissen. Beeinflußt fühle er sich nicht.

Rechtsanwalt Heine: Ein solches „Ins-Gedächtnis-rufen" ist jedenfalls ganz etwas anderes, wenn es von Gleichstehenden ausgeht, als wenn es von Vorgesetzten gegenüber Untergebenen beliebt wird.

Der Buchhalter Barheine, Vertreter des Bruchbesitzers Dümling vom Bruch Heinrichsthal, hat nur Kleinigkeiten am 8. März an seinem Bruch bemerkt, aber gehört, daß nach dem Frühstück die anderen Brüche von den Streikenden aufs Kerbholz genommen würden. Der Zeuge hat am 9. März zuerst nur wenig von den Angriffen gesehen, dann aber als er am Nachmittag hinausgekommen sei, habe er bemerkt, daß der Bruch belagert war; die Menge tobte, schimpfte und warf mit Steinen. Am anderen Tage hätten die 6 oder 8 noch im Bruch arbeitenden Leute die Arbeit niedergelegt und hätten 3 bis 4 Wochen mitgestreikt. Am Vormittag hat der Zeuge den Angeklagten Fritze unter der Menge bemerkt.

Arbeiter Gottschalk hat am 9. März in Heinrichsthal gearbeitet, hat die Menge bemerkt und gehört, daß auf die Beamten und Arrbeitswilligen geschimpft und auf sie mit Steinen geworfen wurde, Zeuge hat den Angeklagten Kränzke zwar nicht selbst unter der Menge bemerkt, aber gehört, wie der Bruchmeister rief: „Kränzke, das werden wir Dir schon beweisen". Nachmittags und vormittags seien etwa 30 Streikende am Bruch gewesen, die geworfenen Steine seien nur klein gewesen, hätten auch niemand getroffen.

Arbeiter Polaschinski damals auch Arbeitswilliger, hat am Bruch Heinrichsthal Kränzke vormittags und nachmittags bemerkt, der ihn ausgeschimpft und mit einem Stein nach ihm geworfen habe. Es seien etwa 50—60 Personen am Bruch gewesen. Die Steine seien nur nachmittags geworfen.

Dem Arbeiter **Kramer** ist vom Verband gestattet, weiter zu arbeiten, sowie allen an den Maschinen und sonstigen Einrichtungen Beschäftigten. Es sollte nämlich verhütet werden, daß die Brüche Schaden nähmen. Am 9. März bei Heinrichsthal sei Kränzke der erste gewesen, wie Zeuge bekundet. — **Vorsitzender:** Sie haben früher bekundet, am 8. März abends hätten Sie gehört, wie Kränzke aus dem Fenster rief: „Morgen geht es nach Heinrichsthal und den anderen Brüchen!" Ist das richtig? — Zeuge: Kränzke hat nur gerufen: „Die werden wir morgen schon kriegen." — Der Zeuge bekundet des ferneren, der Bruchmeister Henkelmann habe ihm am 9. März morgens gesagt: heute werden Sie wohl zu uns kommen, und dann die vorerwähnten Aeußerungen erzählt, die er von zwei Frauen gehört haben wollte. Der Bruchmeister hat Kränzke mit einem Knüppel bemerkt und ihn drohen gehört. Die Steine, die in Heinrichsthal geworfen seien, hätten wohl hauptsächlich dem Meister gegolten.

Um 2 Uhr wird die Sitzung auf zwei Stunden vertagt.

* *

Nachmittags-Sitzung.

Die lange Nachmittags-Sitzung brachte die Beweisaufnahme ein gutes Stück weiter. Die meisten Belastungszeugen machten ähnliche Angaben wie die, welche vormittags vernommen worden waren. Hervorzuheben ist, daß die Zeugen Oberwachtmeister **Meuschke** aus Burg und Polizeikommissar **Riedel** erklärten, sie hätten die Empfindung, als wenn Voigt die Ereignisse vom 8. und 9. März 1901 geplant habe; etwas Bestimmtes darüber zu wissen, bekunden die Beamten nicht. Wer die Versammlung vom 7. März polizeilich überwacht hat, war noch nicht festzustellen, da das polizeiliche Protokoll über die fragliche Versammlung bisher **unauffindbar** war. Es liegt — vermutlich wegen der Klage gegen Voigt wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes — entweder auf dem Gommerner Schöffengericht oder dem Bezirksausschuß oder dem Oberverwaltungsgericht. —

*

Arbeiter **Hübner** hat auch am 9. März in Heinrichsthal gearbeitet und hat etwa 60 Mann am Nachmittag bemerkt, die lärmten und von denen aus Steine geworfen wurden, aber niemand erkannt.

Bruchmeister **Peter Kauert** sagt wie die andern in Heinrichsthal beschäftigt gewesenen Personen aus, am 8. März wäre kein Angriff auf diesen Bruch erfolgt, wie andere behaupteten; nur am 9. März sei das geschehen. Von den heutigen Angeklagten hat Zeuge niemand dort gesehen. Von den Steinwürfen ist niemand getroffen worden. Morgens früh hätte sich schon das Gerücht verbreitet, „heute wird Heinrichsthal angegriffen".

Der Buchhalter **Ried** bekundet, er habe am 9. März früh von jenem Gerüchte gehört und habe sofort und später noch einmal an Herrn Nesemann telephoniert, damit der vom Magistrat aus Hilfe besorge. Von den Angreifern hat Zeuge keinen erkannt, nur dort in der Nähe den Angeklagten Fritze gesehen.

Die Vorgänge auf dem Dittmarschen Steinbruche.

Zeuge Arbeiter **Klinkert** ist am 9. März im Dittmarschen Bruch beschäftigt gewesen und ist, als er mittags nach Hause ging, fortgesetzt von der Menge angespieen worden, als er aber die Nase mit den Fingern berührt und gethan habe, als wolle er seine Angreifer mit seinem Nasenschnutz bewerfen, sei der Angeklagte Böhme hervorgesprungen und hätte gesagt: „Weißt Du nicht, daß das Körperverletzung ist?" Dabei wäre er gegen ihn angestoßen. Ob er mehrere Stöße bekommen hat, weiß der Zeuge nicht. Dann hätten ihn die Polizisten nach Hause gebracht. Als er dann wieder nachmittags zum Bruch gegangen sei, hätte ihn an der Schuchhardtschen Wirtschaft ein fremder Mann mit dem Knüppel bedroht, er werde ihn über den Kopf schlagen, daß das Gehirn hervorspritzen solle. Ob Ließ dabei gewesen sei, könne er — Zeuge — nicht sagen, sein Schwager sei es, der den gesehen habe.

Die Ehefrau des Vorzeugen hat an jenem Mittag ihren Mann von der Arbeit abgeholt und erzählt den Vorfall wie jener.

Ein junger Arbeiter **Wilhelm Möhring**, der mit streikte, hat den Vorfall am Dittmarschen Bruch von weitem beobachtet, hat nur Lärm gehört und gesehen, wie der Wachtmeister immer vor Klinkert hergeritten ist, damit der wieder in den Bruch gehen konnte.

Zeuge **Gottlieb Maaß** bekundet, die Menge am Dittmarschen Steinbruch sei um Mittag immer größer geworden. Es seien aber alles fremde Gesichter gewesen. Er habe dann den Bruch durch einen Nebeneingang verlassen. Man habe ihn angesprochen und gesagt, er solle doch aufhören. Als er gesagt habe: Wir haben ja schon aufgehört, da habe ihm keiner mehr was gesagt.

Arbeiter **Karl Erxleben** hat damals auch mittags nach der Arbeit den Dittmarschen Bruch verlassen, ist und zwar hauptsächlich von den Weibern angespieen, beleidigt und bedrängt worden. Die Polizeibeamten haben den Zeugen nach Hause gebracht. Erkannt hat er keinen der Angeklagten. Es wären auch wohl kaum Plötzkyer gewesen, die dort lärmten.

Der **Vorsitzende** meint, es scheine ja, als seien die Leute so ausgesucht worden, daß die von **Plötzky nach Gommern** und **die von Gommern nach Plötzky** geschickt seien, um nicht erkannt zu werden.

Arbeiter **Wilhelm Krause**, der Neffe des Angeklagten Böhme, hat im Dittmarschen Bruch weiter gearbeitet und ist von Frauen aus der Menge heraus bedroht und beleidigt worden. Erkannt hat er nur eine Frau.

Arbeiter **Obazarek** ist mit anderen Arbeitswilligen

„Bumsköpfe"

geschimpft worden, das sei ein Spitzname der Leute vom Infanterie-Regiment 27, auch sei er von einem Burschen mit dem Knüppel bedroht worden. Erkannt hat Zeuge niemand. Dort am Bruch seien wohl 500 Leute gewesen.

Ein Zwischenfall.

Der Zeuge Arbeiter **Kaps** war schon vormittags betrunken und lärmte im Zeugenzimmer. Nachmittags war der Rausch noch gewachsen. Kaps wurde deshalb wankend hereingeführt und vom Vorsitzenden verwarnt: wenn er noch einmal lärme, werde er eingesperrt werden. Er wollte sich lallend verteidigen, zog dann aber still geworden ab.

„Hundeblut".

Ein polnischer Arbeiter **Wuzky** hat am Dittmarschen Bruch während des Lärms, jedoch mehr zu Ende, Lahne und Böhme hin- und herradelnd gesehen, ist aber nicht von ihnen belästigt worden. Dagegen habe ihn Ließ „Hundeblut" genannt und bedroht.

Frau **Wuzky** hat ihren Mann am 9. März von der Arbeit abgeholt, weil sie Angst hatte, er würde von den Streikenden mißhandelt werden.

Arbeiter **Rathke** hat bei dem Auflauf am Dittmarschen Steinbruch die Menge gesehen und ist von Böhme angesprochen und gebeten worden, er solle doch mit streiken. Zeuge ist dann später von Frauen belästigt und von einer angespuckt, auch von zwei jungen Burschen gestoßen worden.

War Voigt am Dittmarschen Bruch?

Dieser Zeuge hatte früher behauptet, Voigt sei auch am Dittmarschen Bruch gewesen; er hält das heute aber nicht aufrecht.

Der **Staatsanwalt** wundert sich über diesen Widerspruch und fragt, ob der Zeuge heute zu Gunsten Voigts mit der Wahrheit zurückhalte.

Dagegen wendet sich jedoch der **Vorsitzende**, da der Zeuge sich sicher geirrt habe, denn es sei doch wohl ausgeschlossen, daß er (der **kurzsichtig** ist und eine **braune Brille** trägt) Voigt allein an jener Stelle gesehen habe, von all den vielen Menschen **sonst aber keiner.**

Die „ungeeignete Zeit zum Radeln".

Ein Zeuge hat den **Lahne** am 9. März morgens um 6 Uhr schon nach Plötzky radeln sehen.

Lahne giebt zu, um 6 Uhr früh eine Spazierfahrt auf dem Rade gemacht zu haben und zwar nicht nur am Tage der Unruhen, sondern häufig.

Vorsitzender: Eine etwas ungewöhnliche Zeit um 6 Uhr morgens zu radeln. Der radelt mittags und radelt abends; da kann er sich doch morgens etwas Ruhe gönnen.

Gendarm **Polaczek** (bekannt aus dem ersten Gommerner Landfriedensbruchprozeß) ist am 9. März 1901 von Pretzien nach Plötzky zum Schutz der Arbeitswilligen an den Dittmarschen Bruch kommandiert gewesen, und hat mit den Kameraden die Arbeiter durch die Menge geführt. Die Radler unter der Menge hätten aber niemand belästigt. Als die Leute in ihre Wohnungen gebracht waren, sei die Menge nach Pretzien zu gezogen. Bei dem Lärm habe sich die Frau des Angeklagten Ließ hervorgethan, auch Kränzke sei dort gewesen. Die Menge habe aus 700—800 Personen bestanden.

Von der Aussage des Gendarmen **Heinemann** ist bemerkenswert, daß der Zeuge meint, die Radler hätten von einem Teil der Menge zum anderen Befehle gebracht und die Demonstration geleitet. Ein Wagen habe wiederholt Leute zu dem Thatort gefahren.

Gemeindediener **Schuchardt** aus Plötzky ist um 11½ Uhr an den Dittmarschen Bruch gekommen und ist mit Hurra empfangen worden. Er bekundet, Böhme, Lahne und Ließ seien mitten in der Menge gewesen, sie hätten aber keine Versuche gemacht, Ruhe zu stiften, das habe höchstens bei Böhme so erscheinen können. Der Oberwachtmeister aus Burg ist am 9. März telegraphisch nach Plötzky berufen und hat aus Gommern den Gendarmen Röbe und den Polizeikommissar Riedel mitgenommen und noch andere Beamte. Sie (die Beamten) hätten die Leute zuerst in Ruhe gelassen, weil nur gejohlt, aber keine Gewaltthätigkeiten verübt wurden. Dem Zeugen ist die Sache „geplant" vorgekommen, wobei ihm die straßauf und straßab fahrenden Radfahrer als Führer erschienen seien. Gegen 1 Uhr habe sich die Menge zerstreut. Wenn sie zuvor zum Auseinandergehen aufgefordert seien, wären höhnische Antworten erfolgt, wie: „Wir haben Sie ja nicht gefragt!"

Nach 1 Uhr sei Geschrei vom Stiehleschen Steinbruch her erschallt und von dorther seien Arbeitswillige gekommen; diese hätten erklärt, sie könnten nicht mehr weiter arbeiten, die Streikenden hätten sie aus dem Bruche getrieben. Die Beamten seien dann gefolgt bis an den zweiten Dümlingschen und Richard Schröderschen Bruch, wo überall von der Menge gelärmt worden sei. Damals hat der Zeuge den Lahne notiert.

Die Annahme des Oberwachtmeisters.

Der Oberwachtmeister **Meuschke** aus Burg meint, die Tumulte hätten sicher wiederholt werden sollen und seien sicher nur unterblieben, weil schließlich eine große Anzahl Gendarmen stationiert sei, die die Arbeitswilligen hätten begleiten müssen, da die Leute noch fortgesetzt von den Streikenden belästigt, sogar geprügelt wurden. Er — Zeuge — meine, die Sache sei so wohl organisiert gewesen und zwar, wie er zwar nicht wisse, aber bestimmt annehme, von Voigt, der einen unbegrenzten Einfluß auf die Arbeiter habe; denn Voigt wäre es sicher ein Leichtes gewesen, derartige Excesse zu verhindern, wenn es ihm mit seiner oft betonten Friedensliebe ernst gewesen sei. Voigt habe nämlich über die Arbeiter eine unbegrenzte Macht. Der Zeuge erzählt, daß als einmal drei Wagen voll fremder Arbeiter von Prödel geholt worden wären, sei ihnen Voigt mit seinen Leuten entgegengekommen und habe die Arbeitswilligen zur Nichtaufnahme der Arbeit zu bewegen versucht; er habe zwar die Streikenden von Gewaltthätigkeiten abgehalten, Voigt habe aber die Gebärde des Lohnauszahlens gemacht, um den Arbeitswilligen anzudeuten, daß sie auf Streikunterstützung zu rechnen hätten, wenn sie die Arbeit niederlegten. Dabei hatten sich schließlich etwa 500 Personen angesammelt. Aus jener Bewegung des Geldauszahlens gehe hervor, daß auch Voigt versucht habe, Arbeitswillige an der Arbeit zu hindern.

Voigt wirft ein, der Herr Vorsitzende habe ihm früher zum Vorwurfe gemacht, daß er nicht selbst hingegangen wäre, um bei solchen Gelegenheiten Frieden zu stiften, das habe er nun hier gethan. Er habe aber nur mit friedlichen Mitteln gewirkt.

§ 152.

Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Herr Zeuge, ist Ihnen bekannt, daß es erlaubt ist, Arbeitswillige durch Versprechen von Geldunterstützung zum Niederlegen der Arbeit zu überreden?

Zeuge: Nein.

Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Das ist aber auf Grund des § 152 der Gewerbe-Ordnung gestattet.

Vorsitzender: Es ist aber noch **zweifelhaft**, ob hier, wo eine Menschenmenge umherstand, die Gebärde Voigts nicht einen **drohenden** Charakter hatte.

Rechtsanwalt Heine: Ich behalte mir vor, im Plaidoyer darauf zurückzukommen. Daß auf Wunsch Voigts natürlich Streikposten gestellt wurden und daß Voigt mit allen **gesetzlichen** Mitteln gesucht hat, Arbeitswillige zur Niederlegung der Arbeit zu überreden, ist nie geleugnet worden.

Der Zeuge Oberwachtmeister **Meuschke** will auch den gewaltthätigen Charakter Voigts aus dem Vorgang am 2. Mai 1901 schließen, wo er bei einem Vereinsvergnügen

der Polizei die Thüre gewiesen habe.

Voigt giebt die Darstellung dieses Vorganges dahin, daß er am 1. Mai 1901 ein Vereinsvergnügen abgehalten habe. Nun habe er aus gerichtlichen Urteilen gewußt, daß dazu keine Erlaubnis nötig sei. Um 12 Uhr nachts seien Polizeibeamte erschienen und hätten verlangt, er solle Feierabend bieten, und als die Polizisten schließlich mit Gewalt drohten, sei er allerdings grob geworden und habe mit „Rausschmeißen" gedroht. Draußen hätte die Gendarmerie gestanden und wieder hätten die Beamten gedroht, sie würden den Saal mit Gewalt räumen. Er (Voigt) habe darauf gesagt: „Wie wollten Sie das wohl machen bei einer solchen Menge Menschen; die drückten Ihnen ja die Knochen im Leibe entzwei!" Dann aber habe er die Mitglieder des Vereins selbst nach Hause geschickt und jedem einzelnen an der Thür eingeschärft, in aller Ruhe nach Hause zu gehen, welcher Weisung die Leute auch gefolgt seien. In der daraufhin erfolgenden Verhandlung vor dem hiesigen Landgericht ist Voigt von der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt **freigesprochen** worden, da sich die Beamten damals **nicht** in der **rechtmäßigen** Ausübung ihres Dienstes befunden hätten. Dagegen ist Voigt wegen des Ausdruckes „rausschmeißen" wegen „Beleidigung" zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Zeuge Lehrer **Schiller** aus Plötzky hat am 9. März mittags bemerkt, daß es alle Kinder ungewöhnlich eilig hatten, sich drängten und stießen. So wie sie im Freien waren, seien sie alle nach dem Steinbruche zu gelaufen. Die Kinder hätten sicher schon von Hause aus gewußt, daß am Bruche etwas los sein würde. Zeuge ist den Kindern dann zum Bruche gefolgt, bekundet aber nichts Neues über den Exceß.

Gendarm **Köbe** war damals in Leitzkau stationiert, aber am 9. März nach Gommern an den Bahnhof kommandiert gewesen, hat aber keine fremden Arbeiter ankommen sehen. Er ist dann später nach Plötzky zu Hilfe geeilt, bekundet aber von dem dortigen Vorfalle nichts anderes als die Vorzeugen. Dann ist Zeuge mit zum Stiehleschen und den andern Brüchen gezogen, die Menge immer Hurra schreiend und lange Nasen machend voran.

Am **Richard Schröderschen** Bruch hat Zeuge gehört, das Hohensteinsche Maschinenhaus solle gestürmt werden. Die Menge habe ganz besonders gegen den Buchhalter Engler getobt. Es sei auch gerufen: „Haut die Kerls, daß die Helmspitzen fliegen." Von den Angeklagten hat der Zeuge **keinen dabei bemerkt.**

Zeuge **Köbe** giebt zu, daß, als er im Jahre 1899 in Plötzky stationiert war, Voigt während des Streiks die Thätigkeit der Beamten **sehr unterstützt** und Gefahren von ihnen **abgewandt** habe. Offenbar habe Voigt die Streikenden damals **günstig beeinflußt.** In einem Falle habe Voigt auch auf sein, des Zeugen, Bitten **Arbeitswillige** gegen Mißhandlung seitens Streikender **geschützt.**

Welches „Gefühl" Herr Polizeikommissar Riedel hat.

Polizeikommissar **Riedel** war zu der fraglichen Zeit in Gommern und hat bemerkt, daß Voigt einen ganz ungewöhnlichen Einfluß auf die Arbeiter hatte und wiederholt die Beamten unterstützt hat. Einmal in dem Streik hätten sich wieder Hunderte auf dem Fuxsberg versammelt und die Beamten hätten sie nicht wegbekommen. Da sei Voigt erschienen und habe durch ein paar Armbewegungen die Menge sofort zerstreut. Zeuge meint, er habe „das Gefühl", daß Voigt zwar die Ansammlungen vom 8. und 9. März veranlaßt habe, doch mehr um die Streikenden zu beschäftigen und die Arbeitswilligen zu schrecken, daß er aber dafür gesorgt habe, daß keine erheblichen Körperverletzungen und schweren Gewaltthätigkeiten vorgekommen seien. Zeuge schildert die Vorfälle wie die Vorzeugen, erwähnt auch, Lahne habe am 9. März eine Frau, die sich weigerte, ihren Namen anzugeben, zum Gehorchen veranlaßt.

Verteidiger Rechtsanwalt **Heine:** Herr Zeuge, Sie haben gemeint, Sie hätten das Gefühl, Voigt habe die Unruhen verursacht?

Zeuge: Ja, weil Voigt unbeschränkte Macht über die Arbeiter hatte.

Verteidiger: Sie haben aber auch konstatiert, daß gerade **durch** Voigt, wie Sie sich ausdrückten, erhebliche Körperverletzungen und **schwere** Ausschreitungen verhindert sind?

Zeuge: Ja.

Verteidiger: Ist Ihnen irgend eine Thatsache bekannt, welche darauf schließen läßt, daß Voigt insgeheim eine andere Taktik empfohlen hat wie öffentlich?

Zeuge: Nein, ich habe nur „das Gefühl" gehabt.

Verteidiger: Ist Ihnen bekannt, daß Voigt in öffentlichen Versammlungen zu ruhigem, gesetzlichem Verhalten gemahnt hat?

Zeuge: Ja.

Vert.: Das läßt doch wohl darauf schließen, daß Voigt keine so grenzenlose Macht über die Arbeiter hatte, daß diese seine Ratschläge eben nicht befolgt haben?

Zeuge: Wenn aber Voigt rechtzeitig erschienen wäre, hätte er die Unruhen verhindern können.

Vert.: Man kann doch Unruhen erst verhindern, wenn man sie erfährt, und das hat Voigt gethan. Ich bitte jetzt, das Protokoll der öffentlichen Versammlung vom 7. März vorzulegen und festzustellen, wer die Versammlung überwacht hat.

Das unauffindbare Protokoll.

Bei dieser Gelegenheit kam durch die anwesenden Polizeibeamten aus Gommern zur Sprache, daß das Protokoll über die Versammlung vom 7. März **nicht aufzufinden ist.** Es wäre vermutlich auf dem Schöffengericht in Gommern, vielleicht auch bei dem Oberverwaltungsgericht oder dem Bezirksausschuß.

Zeuge **Riedel** bekundet noch, der Streikpostendienst sei sehr gut organisiert gewesen. Zeuge bleibt dabei, daß, wenn Voigt die Leute vorher **ernstlich** gewarnt hätte, die Ausschreitungen nicht vorgekommen wären. Voigt habe zwar immer hinterher **alle Ausschreitungen getadelt**; er, Zeuge, habe nun einmal „das Gefühl", es sei das immer ein Tadel „mit doppeltem Sinn" gewesen.

Schluß der Sitzung nach 8½ Uhr. Da am Donnerstag Lokaltermin ist, findet die nächste öffentliche Sitzung am Freitag um 9¼ Uhr vormittags statt. —

Vermischte Nachrichten.

* **Wieder ein „schlafender Ulan".** In einen Schlaf, der bereits drei Wochen dauert, ist in Insterburg der Ulan Bernecker von der 5. Eskadron des Ulanenregiments Nr. 12, der im dritten Jahre dient und sich zur Zeit im dortigen Garnisonlazarett befindet, gesunken. Er ißt und trinkt von Zeit zu Zeit in halbwachem Zustande nach Verordnung des Arztes, um alsbald wieder in tiefen Schlaf zurückzusinken. Der Schlafende giebt zwar auf die an ihn gerichteten Fragen Antwort, doch sind diese ganz verworren und unverständlich. Außer dem andauernden Schlafe ist das einzig wesentliche Krankheitszeichen ein stark verlangsamter Puls. Ende der siebziger Jahre gab es bereits einen „schlafenden Ulan", der wochenlang die öffentliche Aufmerksamkeit beschäftigte. —

* **Statistik der Weltstädte.** Nach einer französischen Statistik, die soeben veröffentlicht wurde, hatte im Jahre 1800 London 958 863, Paris 547 755, Wien 231 050 und Berlin 182 179 Einwohner. Vierzig Jahre später stellten sich diese Zahlen wie folgt: London 1 948 417, Paris 935 251, Wien 356 870 und Berlin 322 620, während für 1900 gefunden wurden in London 4 411 271, in Paris 2 511 055, in Berlin 1 677 304 und in Wien 1 503 972 Einwohner. Diese Zahlen sind bei Berlin für das Jahr 1900 zu klein, und zwar um etwa 200 000, während es bei Wien eigentlich „Großwien" heißen muß, das bekanntlich die nächsten Vororte mitumfaßt. Berlin und Wien haben sich verhältnismäßig schneller als London und Paris vermehrt: London hat sich im letzten Jahrhundert vervierfacht, Paris verfünffacht, Wien versechsfacht und Berlin fast verneunfacht. Das Weichbild umfaßt bei London 305, bei Paris 78, bei Berlin 63 und bei Wien 178 Quadratkilometer. An Häusern giebt es in London 570 000, in Paris 74 829, in Berlin 31 176 und in Wien 32 300. Somit kommen auf je ein Haus in London 7—8, in Paris 34, in Berlin 54 und in Wien 52 Personen. —

* **Das Jubiläum der langen Hose.** Die großen Londoner Schneider haben jüngst, weniger durch äußere Prachtentfaltung als durch inniges Gedenken, das Jubiläum der langen Hose gefeiert. Es sind nämlich jetzt gerade hundert Jahre verflossen, seitdem Georg 4. von England, der damals noch Prinz-Regent war, der kurzen Hose in beinahe leidenschaftlicher Weise den Krieg erklärte. Es muß allerdings der Wahrheit gemäß gesagt werden, daß für ihn bei diesem heiligen Kampfe nicht Schönheitsgründe maßgebend waren, sondern daß er sich von „medizinischen Beweggründen" leiten ließ. Die Gicht, die in Hofkreisen besonders häufig auftreten soll, verursachte nämlich unschöne Anschwellungen an den Beinen, und um diese wenig anmutigen Krankheitszeichen zu verdecken, erfand man die lange Hose. Die Karikaturisten jener Zeit, allen voran Gibray, suchten die lange Hose in jeder erdenklichen Weise lächerlich und verächtlich zu machen, aber ihr Witz war umsonst verschwendet, denn die lange Hose ging aus allen Anfechtungen siegreich hervor und hat sich bis zum heutigen Tage behauptet. — In der Trachtenkunde sind, so schreibt die „Tägliche Rundschau", die Londoner Schneider nicht sehr bewandert, was vielleicht auch nicht zu verlangen ist, denn die lange Hose ist schon ein uraltes Kleidungsstück, das morgenländischen Ursprungs ist und das die Babylonier und Perser schon in alten Zeiten trugen. In Europa hatten die Gallier zu Cäsars Zeiten schon lange Hosen, weshalb dieser Teil Galliens auch das „behosete Gallien" (Gallia braccata) genannt wurde. Aber immerhin ist die englische Erzählung eine bemerkenswerte Stütze für die Anschauung, daß Moden ihre Entstehung mehr der menschlichen Eitelkeit, um Gebrechen zu verdecken, als rein ästhetischen Beweggründen verdanken, von der Befriedigung praktischer Bedürfnisse ganz zu schweigen.

Vereine und Versammlungen.

Krankenkassen-Vorstände.

In der letzten Versammlung der „Freien Vereinigung der Ortskrankenkassen-Vorstände Magdeburgs“ gab der Vorsitzende, Herr Reuter, den Bericht über die vom Vorstande unternommenen Schritte gemäß dem Versammlungsbeschlusse vom 28. Januar d. J. betreffend Errichtung von Erholungsstätten für Kranke und Rekonvaleszenten. Danach hat zunächst eine Konferenz mit dem Herrn Bürgermeister Fischer und den dirigierenden Aerzten der städtischen Krankenanstalten, den Herren Geh. San.-Rat Aufrecht und Prof. Unverricht, stattgefunden, wobei diese Idee eine wohlwollende Behandlung erfuhr und die Förderung derselben seitens dieser Herren in Aussicht steht. Als gute Unterlage zu diesen Verhandlungen diente das Ziffernergebnis der von der Allgemeinen Ortskrankenkasse veranstalteten Enquete über die Wohn- und Schlafräume erkrankter Kassenmitglieder. Eine Konferenz mit den Ausschüssen der Krankenkassenärzte zeitigte auf Anraten der Aerzte den Beschluß, als Ort für die Erholungsstätten von städtischem Gelände abzusehen und außerhalb des Sumpfgebietes der Elbniederung in waldiger Gegend Umschau zu halten. Im übrigen versprachen die Herren Aerzte ihre Mitwirkung. Der Vorstand hat nun an verschiedenen Sonntagen die zunächst in Betracht kommenden Waldungen aufgesucht und zwei für die Errichtung gelegene Plätze gefunden. Der eine befindet sich bei Bahnhof Möser und der andere bei Rogätz. Bei beiden Plätzen ist die Aussicht vorhanden, daß sie zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Zur Information sind an die Vorstände der Vereinigung, an die Herren Aerzte und an den Herrn Bürgermeister Fischer die Berichte des „Roten Kreuz“ über die Berliner Erholungsstätten zur Versendung gekommen.

Von Herrn Stadtv. Brandes wird noch mitgeteilt, daß von Herrn Oberbürgermeister Schneider dem Bestreben der Errichtung von Erholungsstätten große Sympathie entgegengebracht wird. Gemäß des Ergebnisses der Verhandlungen wird der Vorstand beauftragt, in einer Eingabe an den Magistrat die Errichtung und Erhaltung zweier Erholungsstätten aus städtischen Mitteln zu fordern, während die Kassen die Transport- und Verpflegungskosten übernehmen.

Von einer gemeinsamen Vertretung auf der Generalversammlung des Verbandes der Ortskrankenkassen im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt, die in Halle am 29. Juni d. Js. stattfindet, wird abgesehen und den einzelnen Kassen eine selbständige Vertretung überlassen. — Dem Vorstande wird aufgegeben, nach einer Aerztin Umschau zu halten und dieselbe event. zu veranlassen, sich am hiesigen Platze niederzulassen. Zum Schluß werden die Vorstände noch einmal aufgefordert, ihre Rendanten zur Führung der Statistik über die Berufskrankheiten zu veranlassen, deren Resultat an den Rendanten der Allgemeinen Ortskrankenkasse einzusenden ist. H.

Vereins-Kalender.

(Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pfg., die vorher zu bezahlen sind.)

Eine öffentliche **Steinarbeiter-Versammlung** findet am Sonnabend, den 31. d. M., abends 8 Uhr, bei Herrn Böhme, Kl. Klosterstraße 15—16, statt. — 75

Briefkasten.

M. M., Rotekrebsstraße. Wenn Sie nicht die Stadt in Amerika wissen, in der Ihre Schwester wohnt, wird sich wohl schwerlich etwas machen lassen. —

H. B., Diesdorf. 1. Auf Grund des neuen Unfallversicherungsgesetzes hat ein Unfallverletzter von der 5. bis zur 13. Krankheitswoche statt ½ allerdings ⅔ des ortsüblichen Tagelohns zu verlangen. Die Differenz hat der Unternehmer bezw. die Berufsgenossenschaft an die Kasse zu erstatten; stets aber nur an eine Kasse, nicht an mehrere, wenn der betreffende Versicherte etwa zwei Kassen angehört. 2. Die fragliche Unterstützung wird nach dem ortsüblichen Tagelohn, nicht nach dem wirklichen Arbeitsverdienst gerechnet. —

S., Thale. 1. Genosse Bebel hat heute keine Fabrik mehr in Leipzig, wohl aber früher eine größere Drechslerwerkstatt, die man immerhin als „Fabrik“ bezeichnen kann. 2. Die Frist, innerhalb deren Strafantrag gestellt werden kann, ist verschieden, je nachdem um welches Antragsvergehen es sich handelt; ob man also wegen „Beleidigung“, wegen „Ehebruchs“, wegen „Vergehens gegen das Urheberrecht“ usw. Strafantrag stellen will. —

+ Statt Geburtstagsschnaps 1,00. — Maifeier 179,40. — Ein Pfingstausflug trotz Hundewetter 12,50. — Sozialdemokrat. Gruß! —

Marktberichte.

Magdeburg, 28. Mai. Weizen: Tendenz lustlos. Inländischer 165—170, ausländischer 172—175. Roggen: Tendenz fest bei kleinem Angebot. Inländischer, je nach Stationslage, 145 bis 152, ausländischer 149—152. Hafer: Tendenz höher. Inländischer 158—166, ausländischer —. Gerste: Braunware in feinen Sorten noch gut zu placieren, im übrigen wenig Handel, 142—175, Futtergerste fest, 126—130. Erbsen: Victoria-Erbsen 190—220. Kleine gelbe 180—210, grüne 190—220, Futterware 170—180. Mais: Tendenz befestigt, Mixed 134—137, Rundmais 118—120. —

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 19,00—24,00, Speisebohnen (weiße) 19,00—36,00. Linsen 20,00—38,00. Eßkartoffeln 5,50—7,00. Richtstroh 6,50—7,00. Krummstroh 5,50 bis 6,00. Heu 8,00—9,00. Tymotheum ———. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0.96—1,04, von der Keule 1.40—1.60. Bauchfleisch 1,20—1,30, Schweinefleisch 1,40—1,60, Kalbfleisch 1.30—1.50. Hammelfleisch 1.30—1.50. Speck (geräuchert) 1.60. Eßbutter 2.00—2.50. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 2.60—3.40. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Iser, Eger, Moldau.						
Jungbunzlau	26. April	+ 0.46	27. April	+ 0.46	—	—
Laun	„	+ 0.55	„	+ 0.48	0.07	—
Budweis	„	+ 0.96	„	+ 0.88	0.08	—
Prag	„	+ 0.79	„	+ 0.90	—	0.19
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	27. Mai	+ 1.75	28. Mai	+ 1.80	—	0.05
Trotha	„	+ 2.40	„	+ 2.40	—	—
Alsleben	„	+ 2.32	„	+ 2.34	—	0.02
Bernburg	„	+ 1.88	„	+ 1.89	—	0.01
Calbe, Oberpegel	„	+ 1.80	„	+ 1.80	—	—
do. Unterpg.	„	+ 1.54	„	+ 1.54	—	—
Mulde.						
Dessau Muldebrücke	27. Mai	+ 0.69	28. Mai	+ 0.88	—	0.19
Elbe.						
Pardubitz	26. Mai	+ 0.37	26. Mai	+ 0.50	—	0.13
Braudeis	„	+ 0.54	„	+ 0.70	—	0.16
Melnik	„	+ 0.55	„	+ 0.67	—	0.12
Leitmeritz	„	+ 0.41	„	+ 0.50	—	0.09
Außig	27. „	+ 0.95	28. „	+ 1.05	—	0.10
Dresden	„	— 0.57	„	— 0.50	—	0.07
Torgau	„	+ 1.64	„	+ 1.67	—	0.03
Wittenberg	„	+ 2.30	„	+ 2.30	—	—
Roßlau	„	+ 1.77	„	+ 1.76	0.01	—
Barby	„	+ 2.19	„	+ 2.22	—	0.03
Schönebeck	„	—	„	+ 1.92	—	—
Magdeburg	28. „	+ 1.88	26. Mai	+ 1.90	—	0.02
Taugermünde	27. „	+ 2.82	28. „	+ 2.74	0.08	—
Wittenberge	„	+ 2.52	„	+ 2.46	0.06	—
Dömitz, Pegel	„	+ 1.90	„	+ 1.97	—	0.07
Lauenburg	„	+ 1.87	„	+ 1.96	—	0.09
Havel.						
Brandenburg Oberpegel	26. Mai	+ 2.20	27. Mai	+ 2.18	0.02	—
do. Unterpegel	„	+ 1.76	„	+ 1.78	—	0.02
Rathenow Oberpegel	„	+ 1.58	„	+ 1.55	0.03	—
Unterpegel	„	+ 1.34	„	+ 1.34	—	—
Havelberg	„	+ 2.54	„	+ 2.54	—	—
Oder.						
Kosel	26. Mai	+ 0.93	25. Mai	+ 0.89	0.04	—
Brieg, Oberpegel	„	+ 4.54	„	+ 4.52	0.02	—
do. Unterpegel	„	+ 1.90	„	+ 1.84	0.06	—
Breslau Oberpg.	„	+ 4.98	„	+ 4.98	—	—
do. Unterpegel	„	— 0.78	„	— 0.76	—	0.02
Frankfurt	24. „	+ 1.50	23. „	+ 1.49	0.01	—
Küstrin	„	+ 1.28	„	+ 1.22	0.06	—
Warthe.						
Posen	26. Mai	+ 0.88	27. Mai	+ 0.88	—	—
Küstrin	24. „	+ 0.72	26. „	+ 0.69	0.03	—
Weichsel.						
Thorn	23. Mai	+ 1.86	24. Mai	+ 1.78	0.08	—
Netze.						
Usch	25. Mai	+ 0.75	26. Mai	+ 0.70	0.05	—

Von heute ab

kommen die aus der **Schlesinger'schen Konkursmasse** herrührenden großen Vorräte in **Wasch-Anzügen** für Knaben, Jünglinge und Männer, welche bekannt sind wegen ihren **waschechten Farben** und vorzüglichen Haltbarkeit, nebst anderen Waren

in Buckau

zu den in den Schaufenstern ausgestellten **staunenerregend billigen Preisen** werktäglich von 8—1 Uhr und 3—9 Uhr, Sonntags von 7—9 Uhr und 11—2 Uhr zum Verkauf.

Bei dem großen Lager ist es unmöglich, alle Waren-Gattungen einzeln aufzuführen; es kommen zum Verkauf: Knaben-Blusen in den schönsten Mustern von 45 Pf. an, Knaben-Anzüge in den neuesten Facons von 95 Pf. an, Herren-Joppen in allen Weiten von 90 Pf. an.

Tausende Rester
Woll-, Seiden-, Waschstoffe
spottbillig
Totaler Ausverkauf
Carl Friedrich
Breiteweg 54.
3269

Kauft → billig!
Donnerstag, Freitag u. Sonnabend
3 Ausnahme-Tage 3
Hochfeinste Molkerei-Butter
Pfd. 1.10 Mk.
und 5 Prozent Rabatt, um jedem Gelegenheit zu geben, durch einen Versuch sich davon zu überzeugen, daß meine Butter jetzt die allerfeinste Tafel-Butter ist.
3238
Hans Ebel, Molkerei-Geschäft
Breiteweg 209
Gut! neben „General-Anzeiger“.

Städtische Arbeitsnachweisstelle
Magdeburg
unentgeltlich
Männliche Abteilung: Rathauskolonnaden an der Johannisbergstraße
Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.
Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.
Geöffnet:
Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche „ 10—1 „ „ „ 4—7 „ „
Kostenlose Vermittelung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften, sowie feinerem Personal **nach hier und auswärts.**

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften
Unentgeltliches Auskunftsbureau
Fernsprech-Anschluß 1409.
Nur Werktags geöffnet: Vorm. 9—1 Uhr, nachm. 3½—7½ Uhr.
Kl. Klosterstr. 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.
Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Kranken-Versicherung, Privatsachen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Halberstadt.
Ein in Halberstadt (40 000 Einwohner) Mitte der Stadt belegenes großes geräumiges Grundstück mit Restaurationsbetrieb und demnächstigen Vereinshause (Parteilokal) ist zum 1. August d. Js. zu verpachten eventl. auch zu verkaufen. Kautionsstellung bei Uebernahme der Pachtung erforderlich.
Nähere Auskunft wird erteilt unter **B. H. 100** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung. 3270

Die schönsten reifen und großen **Matjes-Heringe** 3263 Stück 8—10 Pf. sind eingetroffen bei **Gottfried Huth, Jakobsförder** Herings- und Konserven-Handlung.

Fahrrad gut erhalt., billig z. verk. Weinberg 34, H. 3 Tr.

Empfehle **prima Spargel** Pfund 30, 50 u. 60 ₰ **A. Heht,** Knochenhauerufer str. 49/50 Magdalenenberg-Ecke. 978

Aschersleben!
Roßschlächterei
mit elektr. Betrieb. Täglich frisch geschlachtete **Roßfleischwaren** sowie ein ff. **Glas Bier.** Gleichzeitig mache ich auf mein durch elektr. Kraft getriebenes **Orchestrion** neuester Konstruktion aufmerksam.
168 Hochachtungsvoll
A. Engers, Hopfenmarkt 14
Filiale **Oberstraße 47.**

Musik. Herren, welche Lust haben, einem Orchest.-Verein beizutreten, wollen sich melden im Restaurant Bernburgerstraße 20.

Tanzunterricht
Sonntags 5 Uhr, sowie Dienstags u. Freitags, abends 8 Uhr, im Saale d. **„Bürgerhaus“,** Stephansbr. 38
Erlernung sämtl. Rund- . . und Gruppentänze . .
Meldungen daselbst und Stephansbrücke 18, 1 Tr. 3267
Hugo Hoffmann, Tanzlehrer.

Ich nehme hiermit die Beleidigung gegen Frau Kühle zurück. 980
Frau Hornung.

Standesamt.

Magdeburg, 28. Mai.

Aufgebote: Arb. Aug. Schulz mit Martha Howannitz hier. Pastor Heinrich Stöhr in Hagen mit Magdalena Heinicke in Halle a. S. Schloss. Joh. Friedr. Rappsilber hier mit Emma Anna Minna Baumgarten in Leopoldshall. Obergärtn. Ferd. William Melchior Seidel in B.d. Heydt mit Liberte Therese Minna Arndt in Oberwiederstedt. Vers.-Beamter Waldemar Wullstein mit Marie Bühling hier.

Geburten: Emma, T. des Hafenarb. Otto Thiele. Martha, T. des Buffet. Emil Kogeler. Erich, S. des prakt. Arztes Dr. med. Erich Schwartzkopff. Fritz, S. des Arb. Hermann Helmig. Paul, S. des Handelsm. Otto Tonn. Otto, S des Arb. Herm. Strüp.

Todesfälle: Walter, S. des Malers Hermann Pfannenschmidt, 1 J. 4 M. 3 T. Elisabeth, T. des Bohrers Hermann Heendorf, 1 M. 13 T. Laura geb. Gottschalk. Ww. des Rentners Karl Preißer, 62 J. 9 M. 17 T. Theod. Ferchland, Arbeiter, 55 J. 6 M. 3 T.

Sudenburg, 28. Mai.

Geburten: Walter, S. des Schlossers Herm. Beinhoff. Emma, T. des Arbeiters August Koller.

Todesfälle: Emilie geb. Polascheck, Ehefrau des Eisendreh Joh. Gebhardt, 26 J. 3 M. 16 T. Bertha, T. des Tischlers Karl Könnecke, 3 J. 10 M. 9 T. Edith, T. des Apothekers Dr. phil. Rud Grosse, 3 J. 8 M. 11 T.

Totgeburt: Tochter unehel.

Buckau, 28. Mai.

Aufgebote: Arbeiter Karl Wilhelm Franz Herse hier mit Friederike Emma Graßhoff in Hamersleben. Schmiedemstr. Andr. Karl Otto Knust in Dodendorf mit Ww. Hesse, Wilhelmine Marie geb. Boche hier.

Geburten: Ernst Hermann Paul, unehelich. Wilhelm, S. des Schlossers Wilh. Hoffmann.

Neustadt, 28. Mai.

Geburten: Max, S. des Steingutdreh. Max Lüderitz. Karl, S. des Schriftsetzers Gust. Mellien. Werner, S. des Hoboisten Karl Nicula. Erna, T. des Hilfsbremsf. Gustav Preibisch. Elisabeth, T. des Fabrikarbeiters Wilh. Müller. Helene, T. des Fabrikarbeiters Ed. Koch. Luise Anna Agnes, unehel. Erna, T. des Arb. Aug. Plönnigs. Kurt Hans Gottlieb, unehelich. Karl, S. des Schlossers Karl Wichmann.

Todesfälle: Lena, T. des Tischlers Otto Lange, 3 J. 9 T. Ehefrau des Tischlers August Neubauer, Marie geb. Heinemann, 45 J. 6 M. 13 T. Ehefrau des Eisendrehers Karl Daph, Emma geb. Wagener, 27 J. 1 M. 24 T.

genügend entschuldigt haben, unter Hinweis auf § 75 der Strafprozeßordnung für verpflichtet zu erklären, als Sachverständige zu fungieren; 3. den Bücherrevisor Reuter als Gegengutachter über das zahlenmäßige Material zu vernehmen; 4. einige der von der Verteidigung angebotenen Beweise zu erheben, andere dagegen abzulehnen. Um dem Bücherrevisor Reuter Gelegenheit zu geben, das umfangreiche Zahlenmaterial einzusehen, vertagt der Vorsitzende die Verhandlung auf Donnerstag 9 Uhr. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold", Depeschen-Bureau.)

Frankfurt, 29. Mai. Die „Frankf. Ztg." berichtet aus Paris: Waldeck-Rousseau setzte gestern nachmittag persönlich Loubet von dem Demissionsgesuch des Kabinetts in Kenntnis. —

Frankfurt, 29. Mai. Die „Frankf. Ztg." meldet aus Brüssel: Die Regierung läßt ankündigen, daß keine außerordentliche Session der Kammer in diesem Sommer sein werde. Die Gesetze über Unfallversicherung usw. sind heute wieder bis zum Winter verschoben worden. —

Die spanische Ministerkrise.

Frankfurt, den 29. Mai. Aus Madrid meldet die „Frankf. Ztg.": Canalejas habe endgültig demissioniert, weil Sagasta sich weigert, die Cortes zur Erledigung des Vereinsgesetzes einzuberufen. Der heutige Ministerrat wird die Lösung der Krisis beraten. —

Madrid, den 29. Mai. Canalejas erklärte einem Interviewer gegenüber, das jetzige Kabinett sei schwach und unfähig, die Oberhoheit des Staates gegenüber dem Vatikan zu verteidigen. Er werde sich demnächst nach Barcelona begeben, um dort Propaganda gegen die Herrschaft der Geistlichkeit zu machen. Sagasta erklärte seinerseits einem Interviewer, Canalejas habe der gestrigen Sitzung des Kabinetts nicht beigewohnt, er wisse nicht, ob die Krisis sich auf Canalejas allein beschränke oder auch andere Mitglieder umfasse. Im ersteren Falle werde Canalejas bis zum Freitag ersetzt sein. —

Peking, 29. Mai. Chinesische Blätter berichten, die französische Regierung habe amtlich der chinesischen mitgeteilt, daß der Aufruhr in der Provinz Kwangsi den französischen Handel in Tonkin schädige und daß Frankreich sich genötigt sehe, falls der Aufruhr bis zum Juli nicht niedergeschlagen sei, die nötigen Maßregeln zum Schutze seiner Interessen zu ergreifen. —

Friedensverhandlungen und neuer Kampf!

London, 29. Mai. Die Morgenblätter veröffentlichen eine halbamtliche Note, worin mitgeteilt wird, daß vor morgen eine endgültige Meldung über die Friedensverhandlungen nicht zu erwarten sei. Die Buren bemühen sich in Vereeniging, die Hauptfrage der Friedensbedingungen zu lösen; die Frage ist folgende: Will, ja oder nein, die Mehrheit den Frieden ohne Unabhängigkeit annehmen. Diese Hauptfrage muß erst gelöst werden, bevor an die untergeordneteren herangegangen werden kann. — Unterdessen wird der Krieg an verschiedenen Punkten fortgesetzt. Aus Middelburg wird gemeldet, daß Oberst Collette an der Spitze von Lokal- und Polizei-Truppen das Burenkommando Malan bei Rippon-Road angegriffen hat. Es fand ein heftiger Kampf statt, die Buren wurden zurückgeschlagen; Malan selbst erhielt während des Gefechtes eine tödliche Wunde im Unterleibe und geriet in Gefangenschaft. Aus Johannesburg wird gemeldet, die Buren griffen unter dem Kommando von van Wick bei Rhodespoort an, wurden aber mit Verlusten zurückgeschlagen. —

Von Martinique.

New-York, 29. Mai. Einem Telegramm aus Roseau auf Dominica zufolge, bemerkte der Dampfer „Naggau" am 27. morgens, als er bei St. Pierre vorbeifuhr, eine ungeheure tiefe, schwarze Wolke über dem **Mont Pelee** lagern. Dunkler Rauch stieg aus dem Krater hervor. Trotzdem der Dampfer äußerst schnell vorbeifuhr, war er mehrere Centimeter hoch mit Asche bedeckt. —

Briefkasten.

Gemütlichkeit. Ist in Ordnung. Zeit der Ankunft an W. Pilz, Burg, Große Hof 3, zu richten. —

Mp. Sie irren ganz gewaltig. Die Angelegenheit ist längst verjährt. Besten Gruß! —

Lange & Münzer

51a Breiteweg 51a

Wasch-Blusen

Blusenhemd aus gestreiftem Percal mit Falten und Blende à Mk. 1.25 u. 1.15

Blusenhemd aus quergestreiftem Percal mit 6 Falten und Blende à Mk. 1.75 u. 1.65

Blusenhemd aus gestreiftem Percal mit Falten u. abnehmbarem Kragen à Mk. 2.35

Blusenhemd aus einfarbigem Batist mit weissen Blenden, abnehmbarem Kragen à Mk. 2.50

Blusenhemd aus gestreiftem Percal mit Piqué-Einlagen **Neuheit!** à Mk. 2.85

Tennisblusen moderne Streifen, mit Sammetblende, Falten-Vorderteil à Mk. 2.35

Mullblusen mit Spitzen-Vorderteil à Mk. 2.50

Wasch-Seidenblusen modernste Streifen, mit Säumchen und Falte à Mk. 3.45

Tennisblusen römisch gestreift, Falten-Vorderteil à Mk. 2.65

Mullblusen mit Valencienne-Einsätzen à Mk. 3.50

Wasch-Seidenblusen modernste Streifen, Säumchen-Vorderteil à Mk. 5.25

Bastfarbige Seidenblusen

in neuesten Ausführungen

Mullblusen in weiss und ecru in den elegantesten Arten

Wiener Blusen in einfarbigen und gestreiften Wasch- u. Seidenstoffen

Blusen nach Mass in kürzester Zeit

Aschersleben

Wenn Sie Bedarf in

Herren- und Knaben-Garderobe

sowie in

Arbeits-Kleidung

haben, so kaufen Sie in **Aschersleben**

2994 bei

Moritz Bry

Hinter dem Turm No. 1

gegenüber der Breitestraße

Anerkannt streng reelle Bedienung!

Streng feste Preise

Wenn Sie

bei dieser Hitze sich oder ihren Kindern eine **Wohlthat** erweisen wollen, dann müssen Sie ganz leichte Sommerkleidung anschaffen. — Sie kaufen solche am allerbilligsten und besten bei der am hiesigen Platze bestrenommierten Firma **Friedel Finke.** Ich offeriere:

Sommer-Joppen für Herren	**von 1.25 Mk. an**
Sommer-Hosen für Herren	**von 1.00 Mk. an**
Sommer-Joppen für Knaben	**von 0.90 Mk. an**
Schul-Anzüge	**von 2.00 Mk. an**
Waschblusen in grosser Auswahl.	
Strohhüte	**schon von 29 Pfg. an**

Wer deshalb seinen Bedarf an leichten Kleidungsstücken, Strohhüten, Sportkleidung ꝛc. noch nicht gedeckt hat, versäume nicht, die Firma

Ehrenfried Finke

Breiteweg 125|126

vis-à-vis der Katharinenkirche und Schrotdorferstr.-Ecke

aufzusuchen.

Streng feste Preise

Musikverein Freundschaft, Magdeb.-N. Neustadt.

Sonntag, den 1. Juni 1902

Dampferfahrt nach Ferchland.

unter gütiger Mitwirkung des Musikvereins „Solo", Magdeburg. Fahrpreis für Erwachsene 75 Pf., an Bord 1 Mk., schulpflichtige Kinder 30 Pf. Abfahrt morgens ½7 Uhr von der Strombrücke, Rückkunft abends 10 Uhr.

Karten sind zu haben im Cigarrengeschäft des Herrn Klees, Johannisberg, im Cigarrengeschäft des Herrn Porree, Jakobsstraße, und in der Buchhandlung Volksstimme, in Neustadt beim Barbierherrn Herm. Meier, Neuhaldenslebenerstr. 11, im Cigarrengeschäft des Herrn Bessel, Lübeckerstr., im Cigarrengeschäft des Hrn. Schwenke, Hohepfortestr., im Cigarrengeschäft des Herrn Otto Hintze, Rogätzerstraße, sowie bei sämtlichen Mitgliedern. 3266

Zu reger Teilnahme ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Hohendodeleben.

Am **Sonntag, den 1. Juni 1902,** findet unser diesjähriges 975

Gewerkschaftsfest

statt.

Ergebenst ladet ein **Das Komitee.**

Deutscher Metallarb.-Verband

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Fernsprech-Anschluß Nr. 404. Bureau: Knochenhauerufer 27/28, I.

Versammlungen finden statt:

Sonnabend, den 31. Mai, abends 8½ Uhr

Bezirk Olvenstedt

im Lokale des Herrn Schinke in Olvenstedt.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Franz Pabel. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Branche der Installateure und Klempner in der „Burghalle", Tischlerkrugstraße 28.

Tages-Ordnung:

1. Der Gewerkschaftskongreß in Stuttgart. 2. Berufsangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Guten Besuch erwartet **Die Verwaltung.**

Außergewöhnlich billiges Angebot!

Kleider-Kattune, neue Dessins, Meter **20, 25** Pf.
Blusenstoffe, aparte Sachen. Meter **25** Pf.
Batiste für Kleider und Schürzen, Meter **37½, 45** Pf.
Oberhemd-Blusen von **50** Pf. an
Damen-Handschuhe, farbig und weiß, **10, 15, 20** Pf.
Schwarze und bunte **Kinderstrümpfe** in großen Sortimenten, sehr billig.
Herren-Socken, „Sport", Paar **9** Pf.
Herren-Socken, bewährte Qualität, **15, 20, 30, 40** Pf.
Damen-Strümpfe, schw. leders. und bunt von **15** Pf. an.
Kinder-Kleidchen in großer Auswahl.

Einen Posten **Hängerschürzen,** so lange Vorrat reicht, Stück **28** Pf.
Damen-Trägerschürzen, Stück nur **55** Pf.

Ferner empfehle in großen Sortimenten zu außergewöhnlich billigen Preisen

Gürtel für Damen, Spitzenkragen, Spitzen-Shawls, Lavalliers, Korsetts, Korsettschoner, Besätze neuester Art.

D. Lichtenstein

Jakobsstrasse 34. 3276

Oeffentliche Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter

am Freitag, den 30. Mai, abds. 6½ Uhr im „Luisenpark", Spielgartenstr. 1c.

Tagesordnung:

1. **Bericht der Siebener-Kommission.** 3273
2. **Verschiedenes.**

Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist in dieser Versammlung notwendig. **Die Vertrauensleute.**

Oeffentliche 3275

Kutscher-Versammlung

Sonnabend, den 31. Mai, abends 8½ Uhr

im „Bürgerhaus", Stephansbrücke Nr. 38.

Tages-Ordnung:

1. Die miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kutscher in den Speditions- und Fuhrbetrieben Magdeburgs und wie können dieselben verbessert werden. (Ref.: Koll. **Bender.**)
2. Diskussion.

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Einberufer.**

Kur- und Bade-Anstalt Mgdbg.-Buckau

E. G. m. b. H. 3271

Sonnabend, den 7. Juni, abends 9 Uhr, im Saale der Anstalt, Coquistraße Nr. 19

1. ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht für 1901. 2. Bericht über die gerichtliche Bücherrevision. 3. Ausschluß von drei Mitgliedern. 4. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. 5. Richtigstellung des § 55 des Statuts. 6. Verschiedenes.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes pünktlich zu erscheinen.

Der Aufsichtsrat. Hermann Bode, Vorsitzender.

Wo?

lassen sich die Herren von Olvenstedt, bevor sie nach Hause gehen, rasieren und ihr Haar schneiden? Bei 3229

Carl Blum

Olvenstedterstrasse 51.

Empfehle meine selbstgefertigten

Harmonikas

in allen Größen. **Reparaturen** werden schnell und gut ausgeführt. **G. Reischer,** Knochenhauerufer 18.

Neue Kommißstiefeln, imit., so lange der Vorrat reicht, à Paar 5.90 Mk. bei **Gaedecke, nur Katharinenstraße 5.** 971

Kaufe junge Kanarienhähne à 2.50. Weibchen à 50 Pf. fortwährend.
J. Tischler, Annastr. 25.

Putze nur mit Globus-Putz-Extract.

Neu! Neu!

Juvana Sparkaffee

ff. gemahl. Bohnenkaffee mit Zusatz. **Kräftig und gut schmeckend! 1 Pfund nur**

60 Pf. 3068

Paul Bähr

Kaffee-Special-Geschäft

Himmelreichsstr. 1.

Vorzügl. Tinte empfiehlt die Buchhandlung Volksstimme.

Gänse-Pökelfleisch

mild gesalzen, verkaufe, um damit zu räumen, sehr billig. 3191

Moritz Weinberg

Himmelreichsstraße 12.

Gehacktes, Rot- u. Leberwurst, Sülze 70 Pf., in ganzen Würsten 60 Pf. bei **Brüggemann,** Fürstenstr. 18.

Graf Leo Tolstois lesenswerte Werke

Die Kreutzersonate	Mk. 1.—
Der Roman der Ehe	„ 1.—
Was sollen wir also thun?	„ 1.—
Meine Beichte	„ 1.—
Patriotismus u. Christentum	„ 1.50
Macht der Finsternis, Sittenbild	„ 1.50
Die christliche Lehre	„ 2.—
Die sexuelle Frage	„ 1.—
Ueber Gott und Christentum	„ 1.—
Ein Schicksal	„ 1.—
Was ist Geld?	„ 1.—
Ein Präludium Chopins. (Gegenstück zur Kreutzer-Sonate von Graf Leo Tolstoi Sohn	„ 1.—
Das blaue Heft. Sittenbild	„ 1.—
Die Verführung „	„ 1.—
Die Versuchung „	„ 1.—

Zu haben in der

Buchhdlg. Volksstimme.

Fleisch-Offerte!

Offeriere heute Freitag, sowie morgen Sonnabend: 3274

ff. Kalbfleisch
à Pfd. **45, 50** und **55** Pfg.

Ia. Schweinefleisch
à Pfd. **50, 55, 60, 65, 68, 70** Pf.

Ia. Rindfleisch
à Pfd. **50, 55, 60, 65, 70** Pf.

Hochf. Hammelfleisch
à Pfd. **50, 55, 60** Pf.

R. Bosse

41 Jakobsstraße 41.

Küchenzettel des Lehrerinnen- und Damenheims Neueweg 1/2.

Freitag: Erbssuppe, Schmorkohl, Pouletten und Salzkartoffeln oder Kirschsuppe mit Griesklößchen, gedämpfte Leber u. Kartoffelsalat.
Sonnabend: Brühsuppe mit Reisform, Rindfleisch mit Rosinensauce und Salzkartoffeln oder braune Brühsuppe, Maccaroni mit Schinken.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen Hauptwache 5 und Neustadt, Schmidtstraße 61.

Freitag: Braunkohl, Salzkartoffeln und Würstchen.
Sonnabend: Graupensuppe mit Rindfleisch.

Luisen-Park.

Sonnabend und **Sonntag**

Schlachtefest.

B., Martinstr. 20, 3 Tr. l., freundl. Vorderwohn., 1 St. 2 K. 1 K. u. Zubeh. sofort od. 1. Juli zu verm. 58 Thlr.

Lehrmädchen zur Damenschn. ges. Sudbg., Helmstedterstr. 12, I. Brandt.

Walhalla.

Heute:

Eine nette Bescheerung

3003 oder

Du ahnst es nicht!

Vorzugskarten gültig.

Viktoria-Theater.

Freitag, den 30. Mai:
Abschieds-Gastspiel des Fräulein Marg. Rupricht. 3272

Eva.

Schauspiel in 5 Akten v. Rich. Voß.